PROTOKOLL

über die 43. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 14. November 2002, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Augustin Zineder

ENTSCHULDIGT: GR Stefan Fröhlich, GR Hans Payrleithner, GR Ingrid Weixlberger

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) GHJ 2-53/02 Erneuerung der mobilen Trennwand - Mehrzweckhalle Münichholz.

2) Wahl-2/02 Wahlen - Entschädigungen, die an Parteien ergehen: Wahlleiter-Stellvertreter; Beisitzer, Ersatzbeisitzer; Vertrauenspersonen und Wahlzeugen - für zukünftige Wahlen.

3) BauBrü-2/02 Museumssteg; Wiedererrichtung; Planung des Neubaues der 3 Flusspfeiler

4) Wa-53/02 Sofortmaßnahmen Hochwasser 2002; Interessentenbeitrag; Verpflichtungserklärung.

5) GHJ2-72/02 Kanalisierung Schlossparkpavillon, Blumauergasse 1.

6) GHJ2-75/02 Sanierung nach Hochwasser vom 12.8.2002; Heizkesselaustausch Rathaus.

7) GHJ2-70/02 Sanierung nach Hochwasser am 12.8.2002; Wasserwehr.

8) Fin-119/02 SV Forelle Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Errichtung einer Behinderten-Dusche am Campingplatz.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

1) Fin-210/02 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Förderung.

2) BauGru-25/01 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 108; Sendemast Connect Austria.

3) Fin-110/02 Nachtragsvoranschlag 2002.

4) FW-23/02 Hochwasserkatastrophe vom 12. 8. 2002; Ersatzbeschaffung.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

5) VH-27/02 Festsetzung der Klubbeiträge für die Seniorenklubs der Stadt Steyr.

6) Fin-65/01 OÖ. Hilfswerk – Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2002.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

7) ÖAG-4/02 Abschluss eines Kaufvertrages mit der Steyr Motors Lie-genschaften GmbH über ein Grundstück im Wirtschaftspark Stadtgut.

8) GHJ2-61/02 Abschluss eines Pachtvertrages mit Herrn Martin Bangerl über die Christkindlwelt.

9) ÖAG-18/02 Abschluss eines Kaufvertrages mit Herrn Ing. Bruno Stei-ner über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut; Zahlung einer Entschädigung gem. § 38 Abs. 6 OÖ. ROG an Herrn Rudolf Fuchs.

10) Sport-8/02 Sportehrenzeichenverleihung 2002

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

11) Stw-100/02 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2001

12) Stw-101/02 Budget Stadtwerke Steyr 2003.

13) Stw-104/02 Gaswirtschaftsgesetz II; Bundesgesetzblatt Nr. 148/2002; Genehmigung der Allg. Bedingungen für den Zugang zu Verteilerleitungen (Allg. Verteilernetzbedingungen).

14) Stw-99/02 Gaswirtschaftsgesetz II; Bundesgesetzblatt I; Nr. 148/02; Verordnung der Energie-Control-Kommission über die Tarife für Systemnutzung in der Gaswirtschaft (Gas-Systemnutzungstarif-Verordnung) ab 1. 10. 2002.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

15) BauT-10/02 Kanalisation Stadt Steyr – Ennsleite; Erneuerung NK Glö-ckelstraße G5A – 11; Vergabe der Bauarbeiten.

16) K-1/02 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2001“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

17) Fin-248/02 Subvention an die Styria Genossenschaft für die Errichtung einer Gartenstützmauer bei St. Anna.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

18) Fin-145/01 Neufestsetzung der Nächtigungsgebühren für die Jugendherberge der Stadt Steyr in der Josef-Hafner-Straße 14.

19) Fin-262/02 RHV Steyr und Umgebung; Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01 – 19; Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung, Änderung der Darlehenskonditionen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen. Ich darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist ebenfalls gegeben. Protokollprüfer sind heute GR Großalber Roswitha und GR Kupfer Andreas. Entschuldigt sind heute der Herr GR Payrleithner, die GR Weixlberger, der GR Fröhlich ist krank, GR Hoflehner kommt etwas später und die GR Freimund kommt ebenfalls etwas später.

Wir kommen zur Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Frau Gemeinderätin Mag. Frech richtete mit Schreiben vom 6.11.2002 folgende Anfrage an mich, die ich zuständigkeitshalber an Herrn Stadtrat Mayrhofer weitergeleitet habe. Ich ersuche nun Herrn Stadtrat Mayrhofer um Verlesung und Beantwortung dieser Anfrage. Jetzt ist er nicht da. Ich lese vielleicht einmal den Text vor.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zusammenhang mit dem „Kreisverkehr am Steyrer Stadtplatz„ ergehen folgende Fragen an sie bzw. den zuständigen Referenten, die ich sie bitte, in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 14.11.2002 zu beantworten bzw. beantworten zu lassen.

1. Seit wann genau befinden sich jene Granitpoller am Steyrer Stadtplatz, die eine Art Kreisverkehr bilden?

2. Wie oft sowie zu welchen Anlässen wurden diese Poller sowie die in der Mitte befindlichen Blumentröge in der Zwischenzeit wieder entfernt und in der Folge neu aufgestellt?

3. Wer hat die jeweilige Entfernung und Wiedererrichtung durchgeführt?
4. Wie viele Arbeitsstunden, Transportkosten etc. fielen dabei jeweils an?

5. Welche Kosten wurden dadurch insgesamt bisher verursacht?

6. Soll dieser Kreisverkehr mit den Blumentrögen in der Mitte gestalterisch so bleiben wie derzeit oder sind Änderungen vorgesehen? Wenn ja, welche und wann?

Ich bitte Herrn StR Gunter Mayrhofer um die Beantwortung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Beantwortung der Frage kann ich Folgendes berichten:

Am 4.4.2002 wurden 8 Stück Poller und 3 Stück Blumentröge aufgestellt. Wie bekannt ist, hat sich dann die Lieferung von den restlichen 16 Poller verzögert. Am 10.7.2002 wurden auch die restlichen Poller geliefert.

Zur Entfernung und Wiederaufstellung kann ich berichten, es ist bisher sechsmal passiert. Am 9.6.2002 für die Klix Show, am 21.6.2002 für das Streetsoccer und Mountainbike Citykriterium, am 28.6.2002 für das Stadtfest, am 12.7.2002 für das Beachvolleyballturnier, am 31.8.2002 für das BMW-Z3-Treffen, am 28.9.2002 für das Blasmusikfest und die Schäferhunde-WM.

Der Aufwand für die Entfernung und Wiederaufstellung (inkl. Zu- und Abfahrt vom Objekt Ennser Straße 10 – Zwischenlagerung im Bereich Leopoldibrunnen) war für die geringe Anzahl, für diese 8 Stück Poller und die Blumentröge, jeweils Euro 196,23, für die vollen 24 Stück Poller Euro 261,64.

Für alle Veranstaltungen, wo ein direkter Verursacher war, wie z. B. BMW-Z3-Treffen, wurden die Kosten direkt verrechnet. Für jene Veranstaltungen wo ein öffentliches Interesse war, ich führe jetzt z. B. die Schäferhunde-WM, das Stadtfest an, hier gab es eine interne Umbuchung. D. h., alle diese Beträge wurden verrechnet und in Rechnung gestellt von den Kommunalbetrieben.

Zur letzten Frage, wie lange die dort bleiben, sie wissen, dass derzeit eine Veranstaltungsserie läuft, die auch im Jänner fortgesetzt wird, die sich mit der Gestaltung und der Entwicklung des Stadtplatzes beschäftigt. Es ist ein Provisorium, und Planungsschritte werden überlegt. Wie lange das noch dauert entzieht sich auch meiner Kenntnisnahme. Das wird von der Diskussion und der Entscheidungsfindung abhängig sein.

Ist damit die Frage ausreichend beantwortet? Danke.

GR Monika Freimund und GR Ing. Klaus Hoflehner kommen um 14.15 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu Punkt 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS. Beim ersten Punkt geht es um die fahrradfreundliche Gemeinde: Auszeichnung für Steyr.

Die Stadt Steyr hat sich beim Wettbewerb „Fahrradfreundliche Gemeinde in Oberösterreich 2002“ in die Liste der Sieger eingetragen. Vor kurzem konnte ich im Linzer Landhaus eine Auszeichnung in der Kategorie „fahrradfreundliche Öffentlichkeitsarbeit„ entgegen nehmen. In Steyr wird intensiv Öffentlichkeitsarbeit für den Alltags-Radverkehr betrieben, begründete die Jury ihre Entscheidung für Steyr und die Bevölkerung wird informiert und animiert, ihre täglichen Wege mit dem Rad zurückzulegen.

50-Jahr-Jubiläum der GWG: Spende statt Feier

Die GWG der Stadt Steyr feiert heuer das 50-Jahr-Jubiläum. Im März 1952 ist das Unternehmen ins Firmenbuch eingetragen worden, im August 1953 sind die ersten Wohnungen in der Hanuschstraße und in der Posthofstraße an die Mieter übergeben worden. Die geplante Feier, die im November hätte stattfinden sollen, wurde abgesagt. Das dadurch eingesparte Geld wird den Hochwasser-Opfern zur Verfügung gestellt.

Die Bilanz der GWG nach 50 Jahren: Die GesmbH hat in diesem halben Jahrhundert 5533 Wohnungen errichtet. Das GWG-Team verwaltet einschließlich der stadteigenen Wohnungen fast 6200 Wohnungen, zusammen mit den Garagen mehr als 8000 Verwaltungseinheiten. Derzeit entstehen 54 Wohnungen auf den Knogler-Gründen. Die GWG war 1968 eine der ersten

Wohnbaugesellschaften, die spezielle Pensionisten-Wohnhäuser errichtet haben.

Fast acht Tonnen, Hochwasser-Müll gesammelt

Etwa acht Tonnen Hochwasser-Sperrmüll, vier Kühlgeräte und eine große Anzahl von Autoreifen haben freiwillige Helfer am Nationalfeiertag an und aus den Steyrer Flüssen gesammelt. An diesem 26. Oktober hat eine landesweite Säuberungsaktion entlang der vom Hochwasser betroffenen Gewässer stattgefunden. In Steyr haben mehr als 100 Menschen an der Aktion teilgenommen. An der Sammelstelle Unterhimmel füllten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Christkindl und des Alpenvereins einen 13-Kubikmeter-Container mit etwa fünf Tonnen Sperrmüll. Im Bereich Münichholz brachten die freiwilligen Helfer etwa 1,5 Tonnen gesammelten Sperrmüll mit dem Boot ans Ufer. Pfadfinder bargen vier Kühlgeräte und eine Menge von Autoreifen. Naturfreunde-Mitglieder brachten mit ihrem eigenen Fahrzeug, einem Pinzgauer, etwa eine Tonne Sperrmüll aus dem Münichholzer Wald zum Artstoff-Sammel-Zentrum. Steyrer Taucher holten, mit einem LKW-Kran der Stadt Steyr ausgerüstet, beim Museum Arbeitswelt einen vollen Altpapier-Container aus der Steyr. Der Container wog samt Inhalt bei der Bergung etwa eine Tonne und befand sich eineinhalb Meter unter Wasser.

Die Partnerstädte haben sich auch wieder positiv gezeigt.

Die Steyrer Partnerstadt Kettering im US-Bundesstaat Ohio überwies vor kurzem 1000 Euro auf das Steyrer Spendenkonto als Unterstützung für die Hochwasser-Opfer. Die Partnerstadt Eisenerz organisierte ein Benefiz-Konzert zugunsten der vom Hochwasser geschädigten Menschen in Steyr. Der Betrag, der dabei zustande gekommen ist, wird demnächst nach Steyr überwiesen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei unseren Partnerstädten. Es ist für mich sehr berührend zu erleben, wie tief und herzlich diese Freundschaft zwischen unseren Städten ist.

Zum Thema Hochwasser:

Ab nächster Woche wird die Stadt Steyr, die Spendengelder, die auf den Spendenkonten der Stadt eingelangt sind, an die sozial bedürftigsten Hochwasser-Opfer auszahlen. Das durch den Gemeinderat bestellte Vergabegremium hat unter Berücksichtigung der sozialen, familiären und wirtschaftlichen Situation sowie der Schadenshöhe und des verfügbaren Familieneinkommens jeweils im Einzelfall Beträge zwischen € 500,00 und € 2.000,00 zugesprochen.
Bei über eintausend Schadensfällen wurden in einem Grobraster zuerst ca. 250 Schadensfälle für eine eingehendere Überprüfung herausgefiltert, von denen bis dato 187 Hochwasserhilfeanträge nunmehr für eine finanzielle Unterstützung vorgeschlagen wurden. Insgesamt wird nächste Woche ein Betrag von € 307.100,00 zur Auszahlung gelangen.

Mit Stand 7.11.2002 waren Spenden im Ausmaß von € 355.794,84 auf den Konten eingegangen.

Da noch laufend Bedürftige vorstellig werden und ein Teil von denen eine Konkretisierung ihres wahren Schadens bis zum heutigen Tag noch nicht belegen bzw. darstellen konnten und daher ihre Bedürftigkeit noch nicht endgültig verifiziert werden konnte, werden die restlichen Spendengelder für die laufenden und für besondere Härtefälle verwendet werden. Wobei je nach Notlage der zurückbehaltene Betrag durch das Vergabegremium in Anspruch genommen werden kann.

Nach einer vorläufigen Schadenserhebung ist an privaten Gütern, davon an über eintausend Objekten, ein Schaden von rund 25 Mio. Euro entstanden, der nur in geringem Ausmaß von Versicherungen gedeckt war.

Der Vermögensschaden, der der Stadt unmittelbar entstanden ist, kann mit einem vorläufigen Schaden in Höhe von 7,9 Mio. Euro beziffert werden.

Die Stadt Steyr hat den Hochwasser-Opfern in erster Linie durch Eigenleistungen geholfen: Der

Einsatz der Mitarbeiter der Abteilung für kommunale Dienstleistungen bei den Aufräumungsarbeiten nach der Hochwasser-Katastrophe hat einen Wert von 810.000,00 Euro. Für Benefiz-Veranstaltungen zugunsten von Hochwasser-Opfern hat die Stadt Hilfsdienste im Gegenwert von rd. 15.600,00 Euro geleistet und zum Teil auch die Verpflegung im Wert von 25.000,00 Euro übernommen.

Ich komme zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage:

Die Arbeitslosenquote im Oktober 2002 betrug 5,8 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,1 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 1,1 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Oktober 2002 2.372 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 1,5 % (d. s. 35 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um
21,6 % (d.s. 421 Personen).

Im Oktober 2002 sind 360 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 16 Stellen mehr sowie auch gegenüber dem Vorjahr um 99 Stellen mehr.

Ich komme zu Punkt 4) und bitte um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates.

Bevor ich zu Punkt 5), Verhandlungsgegenstände, komme, möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir heute um 17.00 Uhr, falls die Sitzung so lange dauert, die Sitzung unterbrechen werden, weil uns die Deutsche Bank 125.000,00 Euro als Spende für die hochwassergeschädigten Steyrer ganz hochoffiziell übergeben will. Es ist auch Landesrat Aichinger bei der Übergabe anwesend.

So, nun komme ich zu den Verhandlungsgegenständen. Ich gebe meinen Vorsitz ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Einen Punkt hast du noch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, das kommt eh bei den Verhandlungsgegenständen.
Zu den Verhandlungsgegenständen bitte ich um eine Änderung. Aus Versehen ist ein Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung, der mit dem Stadtbudget 2003 in der Gemeinderatssitzung am 12. Dezember 2002 zu behandeln ist. Ich ersuche sie daher, einer Absetzung des Tagesordnungspunktes 12 – Budget Stadtwerke Steyr 2003 – zuzustimmen.

Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Punkt geht es um den Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr. Auf Ersuchen des Vereines für die bevorstehende Generalsanierung und für die laufende Investition zur Aufrechterhaltung des Badebetriebes der kommenden Badesaison soll eine Förderung in der Höhe von Euro 87.800,00 gewährt werden. Im Besonderen wurden zur Aufbereitung der Sanierung vom Verein Planungsleistungen bis ins Stadium des Entwurfes vergeben.
Um Zustimmung zur Flüssigmachung der genannten Förderung in der Höhe von Euro 87.800,00 wird gebeten.

1) Fin-210/02 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 13.9.2002 wird der Flüssigmachung einer Förderung in Höhe von Euro 87.800,00 zugestimmt.

Die Deckung der Mittel kann bei VSt. 5/831000/777000 (Kapitaltransfer an private Organisationen ohne Erwerbszweck) gefunden werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 87.800,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Ich weiß, dass ich mich wiederhole, wenn ich jetzt und hier die Gelegenheit wahrnehme um sie daran zu erinnern, dass eine finanzielle Zuwendung vonseiten der Stadt an die Schwimmschule bereits Tradition hat. Es ist eine Tatsache, dass bereits in jenen Zeiten, als der Eigentümer der Schwimmschule, dass ja bekanntlich das älteste Arbeiterbad Europas ist, noch Steyr-Daimler-Puch AG geheißen hat, die Stadtgemeinde Steyr bereits jährlich Betriebskostenzuschüsse in Höhe von etwa S 350.000,00 geleistet hat. Es hat sich aber inzwischen was geändert. Wie sie alle wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich ein Verein gegründet, der diese Schwimmschule übernommen hat und seither haben sich auch die Förderungsbeiträge wesentlich verändert, sie sind nämlich wesentlich höher geworden. Auch heute geht es, wie der Herr Bürgermeister bereits darauf hingewiesen hat, um Euro 87.800,00, sprich S 1,200.000,00 in etwa. Ich darf vorausschicken, dass wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion immer diesen Förderungsmaßnahmen die Zustimmung gegeben haben, das werden wir auch heute so tun. Ich habe es aber als meine Verpflichtung angesehen, sie ebenfalls daran zu erinnern, meine Damen und Herren, dass auch die Stadt Steyr Eigentümer eines Freibades ist, das höchst sanierungsbedürftig ist. Trotz der Tatsache, dass erst vor kurzem etwa 17 Millionen Schilling dafür verwendet wurden, dass Verbesserungsmaßnahmen im städt. Freibad gesetzt wurden, ich denke da an die wichtigen Bereiche, die Verkleidung des Sportschwimmbeckens aber auch die Sanierung der WC's, ist die Situation dort so, dass mehrere Gebäude sehr schwer sanierungsbedürftig sind. Sanierungsbedürftig sind, sodass bereits mehrmals während der Badesaison unsere Gäste dort abgestützte Gebäude vorfinden mussten, teilweise sogar das letzte Gebäude gesperrt werden musste, um eben unsere Besucher des Freibades vor herabfallenden Teilen zu schützen. Ich war daher sehr froh, dass es nach jahrelangen Diskussionen gelungen ist, die Mehrheit des GR davon zu überzeugen, dass es dringend erforderlich ist, einen Bäderfachmann dafür einzusetzen, um einen Stufenplan von Sanierungsmaßnahmen darzulegen. Einen Stufenplan deswegen, weil ich mir völlig darüber im Klaren bin, dass die finanzielle Lage der Stadt nicht so ist, dass man in einem Arbeitsgang und mit einer Budgetierung dieses Bad entsprechend neu gestalten kann. Die Situation ist zur Zeit so, wir haben das ja bereits mehrmals in letzter Zeit im Verwaltungsausschuss diskutiert, jene Mandatare, jene Kollegen die in diesem Ausschuss tätig sind wissen das, dass die Situation derzeit so ist, dass diese Grundlage, die von Bäderfachleuten entwickelt wurde sich beim Land OÖ befindet, um Förderungsmittel anzusprechen bzw. um überhaupt zu wissen, in welcher Größenordnung Förderungsmittel vonseiten des Landes für diese Badsanierung zu erhalten sind. Das war auch in weiterer Folge der Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, dass vonseiten der Stadtwerkedirektion im Budget und Ergebnis- und Investitionsplan für 2003 eine Position enthalten ist in der Größenordnung von Euro 581.400,00, das sind 8 Millionen Schilling, die

erbeten wurden, um eben rechtzeitig, noch vor Beginn der nächsten Badesaison, eine Teilsanierung, vor allen Dingen, oder auch eine Entfernung eines Gebäudes, was den letzten Bereich dieses Areals dort betrifft. Und siehe da, so nach dem Motto „frisch, fromm, fröhlich, frei“ hat der Herr Finanzdirektor Lemmerer, mit einem Rotstift nehme ich an, sodass auch die Farbe passt, einen Großteil dieses Vorhabens eliminiert. Er hat diese Summe von 8 Mio. Schilling auf 2,1 Mio. Schilling reduziert, das sind 155.000,00 Euro, und jeder der Anwesenden weiß, der sich mit dieser Thematik beschäftigt hat, dass man mit dem Geld keine Sanierungsmaßnahmen dort im Bad setzen kann. Auf Nachfrage konnte ich dann erfahren, dass es darum geht, dass diese fehlenden 6 Mio. Schilling auf politischem Verhandlungswege zu erreichen wären.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, da darf ich ganz offen sagen, wenn ich daran denke, dass es eine politische Streitfrage womöglich sein soll, ob man in öffentlichen Einrichtungen Gebäude saniert oder eben entfernt, weil dort die Situation so ist, dass dort Pölzungsmaßnahmen gemacht werden müssen und das bereits seit Jahren und das auch nicht ein unerhebliches Geld der Steuerzahler kostet, man das, wie gesagt, herausstreiten soll und dass das womöglich eine Frage sein soll sozusagen im Abtausch der Zustimmung zum Budget diese Mittel zur Verfügung zu stellen. Da, wie gesagt, wenn ich daran denke, meine Damen und Herren, fühle ich leisen Groll in mir aufkommen, obwohl sie alle wissen, dass ich an sich ein sehr gutmütiger Mensch bin. Ich darf daher den Herrn Bürgermeister hier bei dieser Gelegenheit, der auch gleichzeitig Finanzreferent ist, wirklich sehr eindringlich ersuchen, einen Blaustift oder womöglich einen Rotstift in die Hand zu nehmen, mir ist es dann egal, um diese fehlenden Mittel entsprechend höher wiederum zu dotieren, weil es ist ja nicht so, und das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen, bitte, man richtet das Bad ja nicht für den „Blauen Referenten Eichhübl“ her, sondern dieses Bad ist eine Visitenkarte der Stadt Steyr und damit höre ich mit diesem Thema schon auf.

Dem vorliegenden Antrag werden wir die Zustimmung, wie ich angekündigt habe, geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So, meine Damen und Herren, wer möchte noch zum Thema Schwimmschule das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort gewünscht Herr Bürgermeister?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja. Lieber Roman, es ist für mich selbstverständlich, dass das Stadtbad auch wieder in einen ordentlichen Zustand gebracht werden muss. Es hat ja bereits eine Vorsprache bei mir gegeben. Die Verantwortlichen des Stadtbades waren bei mir und die Bäderkommission wird sich schon mit diesen Umbaumaßnahmen beschäftigen. Das ist so weit einmal eingeleitet.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Das stimmt zwar nicht was du da gesagt hast, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Oh ja, das stimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der nächste Punkt ist die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 108; Sendemast-Connect Austria. Es geht da um einen Sendemasten an einem Grundstück in Gleink und zwar am nördlichen Brückenkopf der Nordspangenbrücke über die Enns. Aufgrund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens sind Interessen Dritter nicht verletzt. Die Änderung den Planungszielen der Gemeinde widerspricht dieses Vorhaben ebenfalls nicht. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Flächenwidmungsplanänderung.
Ich möchte vielleicht noch erwähnen, dass der Netzbetreiber sich bereit erklärt hat, dass ebenfalls

andere Netzbetreiber auf diesen Sendemasten angebracht werden können.

2) BauGru-25/01 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 108; Sendemast Connect Austria.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 108 wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 28. Jänner 2002, sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 25. September 2002 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1992 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mein nächster Punkt ist der Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2002. Für das Finanzjahr 2002 ist durch Veränderungen bei den Einnahmen (z. B. Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer, den Ertragsanteilen (inkl. Getränkesteuerausgleich) und bei Zuweisungen des Bundes, Mindereinnahmen bei den Parkgebühren, ect.) und den Ausgaben (Mehrausgaben für Schäden durch Hochwasser, vorgezogene Wahlen, Übertragung vom Vorjahr, sowie Minderausgaben beim Schuldendienst, ect.) die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages notwendig geworden. Im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt ist sowohl eine Erhöhung der Gesamteinnahmen als auch der Gesamtausgaben vorgesehen. Der Antrag lautet somit:

3) Fin-110/02 Nachtragsvoranschlag 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen.

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 13. Dezember 2001, Fin-100/2001, womit der Voranschlag 2002 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2002 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von Euro 78.056.900,-- auf Euro 80.267.300,--

die Gesamtausgaben von Euro 78.056.900,-- auf Euro 80.267.300,--

somit ausgeglichen Euro 0,--

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von Euro 18.460.300,-- auf Euro 24.012.700,--

die Gesamtausgaben von Euro 18.460.300,-- auf Euro 24.012.700,--

somit ausgeglichen Euro 0,--

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 13. Dezember 2001 betreffend den Voranschlag für das Jahr 2002 bleiben unverändert.

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung zu diesem Nachtragsvoranschlag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Frau GR Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In diesem Nachtragsvoranschlag finden sich für Hochwasserschäden Mehrausgaben von 0,63 Millionen Euro. Der Herr Bürgermeister hat aber zu Beginn der Sitzung darauf hingewiesen, dass der Stadt Schäden entstanden sind in der Höhe von ungefähr 7,9 Millionen Euro. D. h., es sind nur ungefähr 8 % in diesem Nachtragsvoranschlag drinnen. Es ist die große Frage: „Womit werden die restlichen 92 % abgedeckt?“ Es gab einen Finanz- und Rechtsausschuss am 17.10., wo uns der Voranschlag für das Jahr 2003 vorgestellt worden ist und auf die Frage von Kollegen aus dem Gemeinderat, die in dieser Sitzung anwesend waren, welche Auswirkungen denn auf das Budget 2003 durch das Hochwasser gegeben sind, war die Antwort, diese Auswirkungen sind nicht im Voranschlag 2003 eingearbeitet. Und zwar mit der Begründung, dass man die Höhe noch nicht beziffern kann. Jetzt höre ich aber zu Beginn der Sitzung, dass die Höhe, alleine die Schäden der Stadt, 7,9 Mio. Euro sind, dass außerdem die Privaten Schäden von ungefähr 25 Mio. Euro haben und auch nicht alles wird abdeckbar sein durch den Bund und durch den Katastrophenfonds des Landes, also auch die Stadt wird hier noch zusätzlich einspringen müssen. Herr Bürgermeister ich frage mich, wo sehen wir die restlichen mindestens 92 % der Schadensabdeckung vor? Im Nachtragsvoranschlag sind 0,63 Millionen. Schäden sind heute zitiert worden, alleine von der Stadt, von 7,9 Millionen. Im Voranschlag 2003 ist nichts vorgesehen. Soweit ich mich erinnern kann gibt es Budgetgrundsätze, soweit ich mich erinnern kann gibt es eine VRV, eine Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, und danach ist das Ganze eigentlich ziemlich einfach, Einnahmen und Ausgaben sind immer so zu budgetieren, sofern sie vorhersehbar sind. Ich glaube, sie sind wohl vorhersehbar, wenn wir jetzt bereits einen Betrag haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich möchte zum Thema Hochwasser bei einem anderen Tagesordnungspunkt auch noch zu sprechen kommen, aber uns hat ein anderer Punkt hier im Nachtragsvoranschlag gestört bzw. lässt uns unter anderem auch dazu die Meinung vertreten, dass wir hier mit Stimmenthaltung agieren werden. Wir haben zum Budget 2002 eine Vereinbarung geschlossen und wir haben auch dem Budget zugestimmt. Ein wesentlicher Punkt war natürlich die politische Übereinstimmung, dass wir im Bereich des Zentralverkehrschaos, kann man sagen, in Steyr am Taborknoten eine Änderung herbeiführen, dass wir endlich mit gleicher Zunge sprechen, dass der Kreisverkehr zur ebener Erde gebaut wird. Ich möchte die Vergangenheit gar nicht mehr aufrühren, es kamen 1997, damals rechtzeitig vor der Wahl, die denkbar ungünstigsten Varianten ins Spiel und das Land hat sich nur die Hände gerieben, weil sie ja sehr froh sind, wenn wir in Steyr nichts oder nichts Gescheites bauen. Dass sie nichts Gescheites oder sehr vieles nicht gescheit bauen, haben sie ja auch jetzt nachhaltig bewiesen mit den Kreuzungen im Bereich der Nordspange, wo wir täglich schwerste Verkehrsunfälle haben. Gerade heute habe ich wiederum die Statistik bekommen. Die Rechtsabbiegerspur, die zuerst gesagt wurde die bauen wir nie, weil die wird das Risiko eines Unfalles noch erhöhen, hat man aber trotzdem gebaut. Die Frequenz wird erhöht, die Unfallgefahr wird steigen. Das ist leider so. Aber hier bei diesem Punkt wartet das Land seit 1992 auf eine Entscheidung der Stadt, dass wir alle hinter dem Kreisverkehr zu ebener Erde auf dem Tabor Ennserknoten sind. Wir haben damals eine Vereinbarung, auf Wunsch des Bürgermeisters Forstenlechner gemacht, im Dezember 2001, dass auf seinen Wunsch der Posthofknoten gleichzeitig gebaut wird. Jetzt sehe ich hier Grundeinlösen Posthofknoten. Ich habe keine fachlichen Hintergründe, es sind mir keine ernsthaften bekannt, dass der Posthofknoten vorher oder gleichzeitig benötigt wird, damit der Hauptknoten funktioniert. Da kam man erst bei dem Verkehrskonzept mit der Bezirkssporthalle drauf. Diese Bezirkssporthalle, wie sie alle wissen, wird jetzt hauptsächlich verkehrstechnisch von der Kasernengasse versorgt und entsorgt. Also auch hier hat dieser Posthofknoten nur mehr lokale Bedeutung. D. h., wenn man ihn wirklich braucht, wird man ihn vielleicht einmal bauen müssen. Ich kann das nicht beurteilen aus heutigem Stand. Nur wenn wir

weiter dieses Problem hinausschieben und unsere ganze Kraft und auch finanzielle Mittel in den Posthofknoten stecken, weil den müssen wir selbst bezahlen, zum überwiegenden Teil, dann wird uns die Luft für andere wichtige Bauvorhaben ausgehen. Gerade im Verkehrsbereich ist uns das jetzt schon wesentlich teurer gekommen, weil am 1.3.2002 werden die zusätzlichen Kosten, die ansonsten das Land übernommen hätte, auch voll auf die Stadt übergehen. Hier ist nachweislich durch das lange Zögern und durch die Diskrepanz der Stadt ein Schaden verursacht worden.
Herr Bürgermeister ich frage sie jetzt, wie ist der Stand mit dem Taborknoten? Sie waren ja beim LR Hiesl, haben mir versprochen wenigstens eine schriftliche Information zukommen zu lassen. Ich habe bis heute keine und bin auch zu dem Gespräch nicht eingeladen worden. Ich sehe, das ist ein schlechter politischer Stil, wenn man den Verkehrsreferenten bei so einer wichtige Kreuzung nicht informiert oder nicht informieren will. Ich weiß nicht, was der Grund ist, aber wenn hier Grundeinlösen für den Posthofknoten bereits stattfinden, dann frage ich sie: „Was ist ihr zugesagter Plan für die Hauptkreuzung Ennserknoten?“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zuerst zur Frau GR Frech. Im Nachtragsvoranschlag 2002 sind selbstverständlich nur die Beträge drinnen, die jetzt aktuell benötigt worden sind. Für das nächste Jahr, für die Hochwasserschäden die der Stadt entstanden sind, werden selbstverständlich entsprechende Werte für das Budget 2003 vorgesehen. Es wird auch entsprechend vorsichtig budgetiert werden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber das Budget ist schon fix und fertig gedruckt. Wo ist da was vorgesehen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da ist im Baubereich sicher genug drinnen, damit man z. B. eine Brücke baut, was weiß ich, z. B. der Museumssteg, das muss alles da sein. Das ist aus meiner Sicht alles budgetiert.

Zu ihrer Frage Herr Dr. Pfeil, Taborknoten-Posthofknoten. Wir haben zu diesem Thema in diesem Saal herinnen eine Präsentation des Landes gehabt. Bei dieser Präsentation des Landes sind 7 verschiedene Varianten dargestellt worden, und zwar mit einer Simulation dargestellt worden, und aufgrund dieser Simulation hat das eindeutige Ergebnis so ausgeschaut, dass erst die Linksabbieger weg müssen und dann wird der Kreisverkehr gebaut. Das war die Festlegung, von allen hier herinnen akzeptiert. Sie waren dabei Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, ich habe es aber nicht akzeptiert. Der Linksabbieger ist schon seit drei Jahren weg, zur Information Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber die Linksabbieger werden für die Zukunft ja benötigt, weil man ja die Posthofstraße einmal reinfahren muss. So ist das damals festgelegt worden und ich habe ihnen auch versprochen, dass mir selbstverständlich auch am liebsten wäre, wenn wir beides gleichzeitig machen könnten. D. h., Posthofknoten und Taborknoten gleichzeitig umbauen. Das wäre selbstverständlich für mich auch ein Wunsch. Ich war gemeinsam mit Herrn StR Mayrhofer beim Herrn LH-Stellvertreter Hiesl und wir haben die zukünftige Gestaltung dieses Bereiches mit dem LH-Stellvertreter diskutiert und auch festgelegt. Nachdem die finanzielle Ausgestaltung noch nicht ganz klar war, habe ich gesagt, ich werde auch noch in meinem Kreis über dieses Thema diskutieren und ihm zu gegebener Zeit eine Antwort geben. Das habe ich gemacht und ich warte zur Zeit auf die Antwort des LH-Stellvertreters. Ich rechne jeden Tag damit, nachdem ich ihn vor kurzem getroffen habe und er zu mir gesagt hat, er wird mir eine entsprechende Antwort zukommen lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wann wird gebaut?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gebaut sollte werden, der Spatenstich sollte im nächsten Jahr ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Für den Hauptknoten?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Für den Posthofknoten und daran anschließend sofort mit dem Taborknoten. Das ist das Ziel.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist ein Blödsinn.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist kein Blödsinn, sondern das ist von allen Spezialisten so gesehen und auch ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Nein, die Hauptsituation ist nicht simuliert worden. Ich sage es noch einmal, es ist nicht simuliert worden, der Kreisverkehr ohne dieser Posthofknotenlösung. Die einfachste Lösung ist nicht simuliert worden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das habe ich aber mit den Herren der Landesregierung abgeklärt und die haben gesagt, eine Variante wo ich den Posthofberg raufkomme, fahre dann zum Kreisverkehr, drehe wieder 360 Grad um, behindert 2 Äste, sodass es mit Sicherheit zu einer Behinderung kommt und eine Simulation sinnlos wäre. So ist mir das beantwortet worden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Bezahlen müssen wir 50 % von der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, das werden wir noch sehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
So verhindert man alles.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, so kommen wir endlich einmal zu einer Lösung, weil wenn wir wieder dagegen sind, warten wir wieder 10 Jahre. Das ist die Tatsache.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So, meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Abstimmung des Nachtragsvoranschlages. Wer dem die Zustimmung gibt, den ersuche ich um eine Zeichen mit der Hand. SPÖ und ÖVP. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 7 (4 FPÖ - Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Reznar, GR Fürweger, 2 GAL, 1 LIF).

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu meinem letzten Punkt. Da geht es auch wieder um die Hochwasserkatastrophe und um die erforderlichen Ersatzbeschaffungen für das Feuerwehrwesen der Stadt Steyr. Hier geht es in Summe um 267.800,-- Euro, div. Ausstattung, Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsgüter, Maschinen, Aggregate, Fahrzeuge, Hydranten, Reparaturen. Ich bitte um Zustimmung.

4) FW-23/02 Hochwasserkatastrophe vom 12. 8. 2002; Ersatzbeschaffung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 9. 10. 2002 wird dem Ankauf und der Reparatur von Feuerwehreinrichtungen aus den Schäden der Hochwasserkatastrophe vom 12. 08. 2002 (wo die Feuerwehr mit ca. 15.000 Stunden in den Einsatzgebieten Stadtplatz, Ennskai, Ortskai, Wehrgraben und in der Kellau im Hochwassereinsatz war), zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von Euro 267.800,00
(zweihundertsiebenundsechzigtausendachthundert)

bei der

VA-Stelle 1/163000/043000 Euro 15.800,00
VA-Stelle 1/163000/400000 Euro 30.100,00
VA-Stelle 1/163000/459000 Euro 4.400,00
VA-Stelle 1/163000/614000 Euro 14.500,00
VA-Stelle 1/163000/616000 Euro 4.700,00
VA-Stelle 1/163000/617000 Euro 169.100,00
VA-Stelle 1/163000/618000 Euro 14.700,00
VA-Stelle 1/163000/619000 Euro 12.000,00
VA-Stelle 1/163000/728000 Euro 2.500,00

freigegeben sowie einer Kreditüberschreitung bei den vorgenannten VA-Stellen bewilligt.

Die Bedeckung der Finanzmittel zur Wiederbeschaffung bzw. Reparatur hat durch Kreditüberschreitung zu erfolgen. Die Bedeckung dieser Kreditüberscheitung erfolgt großteils durch Mittel des OÖ. Landesfeuerwehrkommandos bzw. des Landes OÖ. und Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem heute schon sehr großartig über Zahlen, die die Stadt Steyr an die Hochwasseropfer abgegeben hat, gesprochen wurde, möchte ich die Zahlen doch etwas relativieren. Es ist sehr plakativ gesagt worden wie viele Schäden wir haben, was wir alles tun werden, was wir tun werden dieses Jahr, nächstes Jahr, übernächstes Jahr, wenn wir genau wissen was los ist. Aber tun, tun wir nichts. Was wir tun, ist wirklich nur am Rande irgendwo ein bisschen knabbern, aber Essentielles wird vonseiten der Stadt für die Hochwasseropfer nicht getan. Auch kann man nicht Hochwassergeschädigte durch einen Spendenfonds komplett abdecken lassen. Das kann es ja auch nicht sein, dass die auf die Gutwilligkeit angewiesen sind, obwohl es sehr wichtig ist, dass es private Spender und Firmenspender gibt. Ich freue mich auch wenn die Deutsche Bank, aus welchen Gründen auch immer, ich glaube 120.000,-- Euro ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
125.000,00 Euro!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Na wunderbar!

Zwischenruf: Für die Caritas!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Zuerst ist gesagt worden für die Stadt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Für die Caritas für die Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Für die Stadt Steyr gut, das ist eine wunderbare Geschichte, aber es gibt trotzdem einige Bereiche, die nicht in den Genuss der Spendenmittel kommen können und die trotzdem Steyrer sind. Sie haben immer wieder gesagt, sie lassen keinen im Regen stehen und niemand muss in einer nassen Wohnung sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sagen sie mir einige Beispiele!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich sag ihnen ein plakatives Beispiel: Haratzmüllerstraße, vis-a-vis von der Araltankstelle, das ist überhaupt eine ganze Besonderheit. Da gab es, die gibt es glaube ich seit 2 Jahren, eine Bauverhandlung damals, und da haben Anrainer gesagt, weil bei der alten Tankstelle sind die Zapfsäulen auf einem Hügel gestanden, jeder der einmal dort getankt hat weiß das, die waren relativ hochwassersicher.

Zwischenrufe: Na ja!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Relativ hochwassersicher. Jedenfalls hat dort eine Tankstelle überhaupt nichts zu suchen, weil es Überschwemmungsgebiet, Hochwassergebiet ist. Auf anmerken von Anrainern haben die Beamten des Hauses diese Bedenker ausgelacht, damals vor zwei Jahren, wie diese Verhandlung war. Nur soweit dazu. Gegenüber wohnt eine alte Dame, 93 Jahre, die wohnt in ihrem Häuschen und die hat bis heute kein einziges Trockengerät drinnen gehabt. Die wohnt in der feuchten Wohnung. Wenn man der nicht an die Hand gehen muss, ja wem denn dann? Das ist ein dramatisches Beispiel.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Haben sie es gemacht?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich weiß es seit gestern. Ich habe sehr viel gemacht. Das können sie mir glauben, dass ich sehr viel gemacht habe. Ich bin beim Hochwasser sehr aktiv gewesen. Ich möchte ihre Dienste nicht schmälern, aber ich halte auch sehr viel von Patenschaften. Hier muss aber auch, wenn das alles nicht greift, weil sehr viel Steyrer Bürger haben sich eingesetzt, und trotzdem einige Gruppen haben sich entweder nicht artikulieren können oder sind nicht in einer Liste gewesen oder haben eben ein Pech gehabt. Diese 93-jährige Dame hat ein Pech gehabt. Ich denke, der müsste man helfen.
Dann gibt es noch eine Gruppe, die ein besonderes Problem haben. Das sind diese armen Leute, die sich keine neuen Geräte oder keine neuen Böden leisten können. Ja welche Rechnungen sollen sie beim Katastrophenfonds einreichen, weil sie sich selbst nicht trauen einen Kredit aufzunehmen oder keinen bekommen. Das ist die Gruppe, da gibt es auch gar nicht so wenig.
Dann gibt es noch eine Gruppe von Geschäftsleuten, auch Wirtschaftstreibenden, die besonders betroffen sind, wenn der Hauseigentümer für die Sanierung des Hauses entweder kein Geld hat oder er es aus verschiedenen Gründen auch nicht machen kann. Diese haben weder die Möglichkeit ihr Einkommen zu verbessern, wenn sie draußen sind und derzeit kein Einkommen haben, noch haben sie die Möglichkeit irgendwo eine Unterstützung außer diese Unterstützung in der Wirtschaftskammer und der vom Katastrophenfonds vom Land OÖ. eine Überbrückungshilfe zu bekommen. Aber hier ist es eine wesentliche Gruppe.
Die dritte Gruppe, das ist auch nicht so eine kleine Gruppe, und das wird auch im Budget der Stadt Steyr zu berücksichtigen sein, die Schäden waren ja bekannt, das sind die Vereine. Ich sage nur, man

braucht ja nur aus dem Fenster schauen, da sehen wir zwei Vereine, Paddlerverein, aber insbesondere auch Schiffmeisterhaus. Wir sind Hauseigentümer, aber die ganze Infrastruktur vom Schiklub Steyr ist kaputt. Zusätzlich hat es diese Damen und Herren doppelt erwischt, weil auch der Schilift am Damberg, der uns auch als Stadt sehr am Herzen liegen müsste, auch wegen der Infrastruktur, der ist komplett mit einer Mure beim selben Hochwasser weggeschwemmt worden, dort sind zwei große Krater. Ich denke, da sollte man schon darauf achten, dass wir, die Stadt Steyr, im Budget etwas vorsehen. Bis jetzt habe ich nichts gesehen, dass wir mit einer einmaligen aber gescheiten Hilfe, dass wir den Schilift wieder aufbauen und dass wir auch das Schiffmeisterhaus wieder in Ordnung bekommen helfen. Sie haben eh schon sehr viel selbst investiert und haben auch sehr viel Schulden gemacht.
Dritter Verein, Hundeabrichteverein. Auch da ist der ganze Platz überschwemmt worden und das Haus überschwemmt worden. Also, hier gibt es schon sehr viel zu tun.

Abschließend sage ich ihnen jetzt noch etwas, weil sie immer so von Bürgernähe sprechen. Die Bundesbehörden haben ja gesagt, dass sie bei verlustig werden von Ausweisen usw. die kostenlos ersetzt werden bei Hochwassergeschädigten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die Bundesbehörden!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich habe selbstverständlich angenommen, dass das für die Stadt Steyr auch gilt. Dem ist aber leider nicht so. Den armen Leuten wird 3 Euro pro Meldezettel verrechnet. Die müssen sich da anstellen und dürfen noch 3 Euro nachzahlen. Das ist schlecht. Ich denke, man sollte sich ...

STADTRAT WALTER OPPL:
Das stimmt nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich habe eine Meldebestätigung hier, 3 Euro.

STADTRAT WALTER OPPL:
Für was?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Dass er gemeldet ist, eine Meldebestätigung.

STADTRAT WALTER OPPL:
Für welches Anliegen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Dass es ihn in Steyr gibt. Die haben ja keine Dokumente mehr. Ganz egal wo er ist, er braucht eine Meldebestätigung.

STADTRAT WALTER OPPL:
Das kommt auf den Anlassfall darauf an.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Moment, wenn er keinen Meldezettel mehr hat, er braucht ja irgendetwas in der Hand, dann braucht er keinen Anlassfall dazu. Einen Meldezettel brauchen sie ja auch, wenn sie ein Auto anmelden.

STADTRAT WALTER OPPL:
Es gibt viele Institutionen, die eine Meldebestätigung verlangen, denen ein Meldezettel nicht genügt, sondern sie verlangen eine aktuelle Meldebestätigung vom Meldeamt. Wenn das nicht unmittelbar mit dem Hochwasser zusammenhängt, dann ist das gebührenpflichtig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist genau der Punkt. Man kann und will offensichtlich den Hochwasseropfern ja gar nicht helfen.

STADTRAT WALTER OPPL:
Das ist so.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es gibt bitte Wortmeldungen. Einer nach dem anderen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Darf ich noch ein bisschen reden?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber jetzt diskutieren wir wegen 3 Euro.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Nein, das ist grundsätzlich, weil sie sagen, sie wissen nicht wer. Dieser Betroffene, der diese 3 Euro pro Familienmitglied zahlen hat dürfen, müssen, so schaut es im Haus aus. Das ist ein Totalschaden. Wenn der nicht für sie als Hochwasseropfer gilt, dann weiß ich es nicht. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Zineder, darf ich vielleicht bitten, dass sie kurz Stellung dazu nehmen.

OMR MAG. AUGUSTIN ZINEDER:
Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Bemerkung vom Herrn Vzbgm. Pfeil zur Frau Weber, darf ich ausführen, der Frau Weber, da habe ich vor Wochen einen Anruf gehabt, habe ich über die Firma Mibag einen Vertreter schicken lassen, der Entfeuchtungsgeräte dort unterbringt. Ich habe die Frau Weber auch aufgeklärt, wie das weitere Prozedere ist, dass ich dann die Rechnung an das Land weiter leite, sie 2/3 der Kosten bekommt und im Anschluss daran mit der Bestätigung des Landes sie auch von der Stadt 200,00 Euro für die Entfeuchtungskosten refundiert bekommt. Das ist der eine Teil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Die ist 93 Jahre.

OMR MAG. AUGUSTIN ZINEDER:
Die ist 90 Jahre. 2003 wird sie 90 Jahre. Die zweite Bemerkung ist, dass die Familienangehörigen nichtsdestotrotz, ohne ihr zu helfen auf Urlaub gefahren sind und die alte Dame hat nicht einmal angerufen. Da habe ich gesagt, da werden wir schauen was sich organisieren lässt. Das ist der eine Punkt.
Der zweite Private, wo sie die Fotos gezeigt haben, habe ich ihnen heute Vormittag im vertraulichen Gespräch die Information zukommen lassen, ich möchte es hier gar nicht darlegen, aber ich sage nur, der Betreffende, der beim Vzbgm. Pfeil vorgesprochen hat, hätte eigentlich keinen Anlass vorstellig zu werden. Er hat alle Möglichkeiten gehabt. Er hat eine erforderliche Abfindung seitens seines Objektes bekommen. Sowohl von der Versicherung als auch vom Land. Das Land gewährt nur eine Refundierung, wenn entweder eine Absiedlung vorgenommen wird oder eine Wiederinstandsetzung. Der betreffende Herr hat sich eine neues Objekt gekauft. Ich möchte die Ablösesummen hier nicht diskutieren, weil sie nicht hier hereingehören. Das ist der eine Punkt. Ich habe aber dieser betreffenden Person auch gesagt, wenn er die erforderlichen Unterlagen vorlegt, dann werden wir sie entsprechenden der Vergabekriterien auch einer Prüfung zuführen. Das war Punkt 1).

Punkt 2), bei Gewerbebetrieben ist es so, da hat es geheißen, dass für Gewerbebetriebe genauso Förderungen vorgesehen werden, wie der GR die am 6. September beschlossen hat. Es haben sich Gewerbebetriebe gemeldet. Das Kriterium war, dass eine existentielle Bedrohung gegeben sein muss. Kein Gewerbebetrieb ist reingekommen, dass eine existentielle Bedrohung gegeben wäre. Aber auch in Rücksprache mit dem Leiter des Katastrophenfonds der OÖ Landesregierung war in keinem einzigen Fall eine existentielle Bedrohung gegeben.

Punkt 3) Vereine, da muss ich auch sagen, die Ansuchen der Vereine werden von uns entgegengenommen, werde geprüft, bestätigt und dem Land gegenüber zur weiteren Bearbeitung zugesandt. In einem konkreten Verein habe ich die Rechnungen gleich mit übernommen, kopiert und auch zur Begleichung dem Katastrophenfonds überwiesen. Was jedoch erforderlich ist, seitens der Vereine oder jedem der sagt er braucht Geld damit er Instandsetzungsmaßnehmen betreiben kann, ist es so, dass die Möglichkeit besteht, direkt mit den Sachbearbeitern des Katastrophenfonds einen Termin zu vereinbaren. Das mache ich in der Regel auch. In Terminabsprache mit dem Büro des Katastrophenfonds mache ich auch Terminabsprachen. Bei jedem einzelnen Fall bisher, der von mir vermittelt wurde, war es so, dass alle Fälle, sofern Bedarf bestanden hat, zur vollsten Zufriedenheit diesbezüglich geregelt wurden und, weil gerade im gestrigen Profil ein Artikel auch über Steyr war, gerade diese Dame habe ich aufgefordert, dass sie die erforderlichen Unterlagen zumindest einmal beibringt. Ich habe mich bemüht, über eine Baufirma ein Sanierungsanbot erstellen zu lassen. Genau das war gestern Grundlage und die Dame war heute bei mir, dass sie rund 25 bis 30 % des Schadensbetrages auch als Sanierungsaufwand bereits zugesprochen erhalten bekommen hat. Das wäre zu diesen drei Punkten. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke Mag. Zineder. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vzbgm. Bremm hat sich gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich möchte eigentlich ganz kurz noch zu den Vereinen einen Satz sagen. Und zwar ist zwischen den Dachverbänden mit dem Land OÖ ausverhandelt worden, dass die Schäden, die die Vereine erlitten haben, bis mindestens 80 % der erlittenen Schäden refundiert bekommen. Darüber hinaus gibt es in besonderen Fällen auch noch Sonderförderungen dazu. Die müssen natürlich im Einzelfall entschieden werden. Es ist aber noch nicht so weit, dass die Vereine konkret auch schon die Förderungshöhe jetzt vom Land haben. Das ist aber in intensiver Bearbeitung. Es ist dann natürlich auch noch eine Frage in der Stadt, wo noch Restförderungen übrig bleiben, dort wird man im kommenden Jahr noch darüber diskutieren müssen. Aber insgesamt glaube ich ist einmal die Aussage für die Vereine und die Haltung des Landes für die Vereine ganz entscheidend, dass sie einmal den riesigen Brocken von 80 % auf alle Fälle abgedeckt haben. Diese Informationen sind auch an die Vereine so weiter gegangen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Auch nur ganz kurz. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zwei Bemerkungen machen. Für mich war es jetzt sehr unangenehm diese Diskussion, die wir geführt haben, bzw. die Ausführungen die gemacht worden sind, weil ich mir denke, dass über persönliche Schicksale nicht im GR diskutiert werden soll. Wir haben bei der letzten GR-Sitzung über die Einrichtung eines Gremiums diskutiert. Dieses Gremium wurde auch eingerichtet und ich denke mir, genau dort sollen diese Fälle auch behandelt werden. Es ist sehr schwierig für uns hier jetzt Einzelfälle zu überprüfen und zu evaluieren und da können einige Missverständnisse entstehen, die speziell für die Betroffenen glaube ich am unangenehmsten sind. Ich denke mir, die Diskussion sollten wir nicht hier führen, sondern mit den Beamten die dafür auch zuständig sind.
Die zweite Bemerkung ist, ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Herrn Mag. Zineder zu danken. Nicht nur jetzt von unserer Fraktion, sondern auch mit den Menschen mit denen ich gesprochen

habe, mit vielen Betroffene, die wirklich alle bestätigen können, dass es eine wirklich gute Zusammenarbeit mit dem Magistrat Steyr und speziell auch mit dem Herrn Mag. Zineder gegeben hat. Auch bei diesen Fällen, die ich ausgesucht habe für Spendenzahlungen aus einem Benefizkonzert, auch hier war die Zusammenarbeit sehr gut. Ich denke mir, das soll auch hier im Gemeinderat einmal gesagt werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Ich kann mich dem nur anschließen. Auch bei mir waren schon sehr viele beim Sprechtag und ich habe sie an Herrn Mag. Zineder weitervermittelt und ich muss sagen, es ist jedem geholfen worden. Also, man sollte wirklich dieses Gremium nicht benützen, dass man Bilder herzeigt und einzelne Schicksale diskutiert, weil ich möchte sagen in der Haratzmüllerstraße und in der Schroffgasse, da waren alle sehr betroffen und die haben aber trotzdem zusammengeholfen, die Familien untereinander und da sind ältere Menschen auch in einem Haus und auch denen haben alle sofort geholfen. Also nicht nur auf der herüberen Seite sondern, auch drüben.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, an und für sich schätze ich mich sehr glücklich, dass heute diese Berichte gekommen sind, dass heute einmal ganz klar gesagt worden ist, es wird wirklich jedem Steyrer geholfen. Es ist so. Herr Dr. Pfeil, ich bleibe auch dabei, jeder, der in eine Notlage gerät kann zu mir kommen und kann ins Rathaus kommen und jedem wird geholfen und wir werden für jeden eine Lösung finden. Das war bis jetzt so. Es ist aus meiner Sicht eine sehr unfaire Methode, dass man sich einzelne Schicksale herauspickt und sagt so quasi, wie fürchterlich in Steyr diese ganzen Themen abgehandelt werden. Also, das ist für mich wirklich eine Vorgangsweise, die ich überhaupt nicht gutheißen kann und auch nicht verstehen kann. Das ist für mich fast unerträglich. Ich danke dem GR Kupfer für seine Stellungnahme. Genauso sehe ich auch das Thema. Der Herr Mag. Zineder arbeitet mit seinem Team ausgezeichnet und das funktioniert bestens. Jeder der zu mir gekommen ist und jeder der sich bei mir beschwert hat, hat eine entsprechend gute Auskunft und eine gute Hilfe von dieser Abteilung bekommen. Herzlichen Dank dafür.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So, meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.
Danke, damit gebe ich den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich übernehme den Vorsitz und darf um deine Berichte bitten.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Festsetzung der Klubbeiträge für die Seniorenklubs der Stadt Steyr. Der Antrag lautet:

5) VH-27/02 Festsetzung der Klubbeiträge für die Seniorenklubs der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, FA für Erwachsenenbildung, Dienststelle Volkshochschule vom 28.10.2002 werden die Klubbeiträge für die Seniorenklubs der Stadt Steyr entsprechend dem im

zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag neu festgesetzt.

D. h., der Jahresbeitrag für zwei Klubbetriebe pro Woche Euro 12,00 und für dreimal Euro 18,00. Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich hätte nur zwei Fragen an die Frau Vizebürgermeisterin. Die Frage 1 ist: „Mit welchen Mehreinnahmen rechnet man durch diese Erhöhung?“ Das sind im Einzelnen zwar keine hohen Beträge, für die Betroffenen sind es aber 10 % mehr. Mich würde interessieren wie hoch sind die Mehreinnahmen. Lohnt es sich überhaupt? Das 2. Ist: „Warum muss man eigentlich Tarife rückwirkend beschließen?“ Das Arbeitsjahr für die Seniorenklubs läuft eigentlich dem Schuljahr gleich, warum muss ich dann im November hergehen und die Tarife rückwirkend beschließen. Hat man das noch nicht früher gewusst?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich muss ganz ehrlich gestehen, dass sehr viele Leute, dass verschiedene Teilnehmer an Anzahl sind. Ich kann ihnen die Mehreinnahmen nicht sagen. Das können sie sich hochrechnen, wenn so und so viele Leute, dann so und so viel in Summe. Ich habe es vom Kulturamt so übernommen und es ist für mich vertretbar, dass man sagt, Euro 12,00 für ein ganzes Jahr und Euro 18,00 für dreimal in der Woche. Sie können öfter gehen, weil sie können jeden Klub benützten. Ich glaube, das ist eine Summe für einen Jahresbeitrag wo man sagen muss, die Stadt leistet große Beträge dazu und dass ich eigentlich das nie hochgerechnet habe. Für mich war es so, dass ich sagen kann, ich kann es vertreten. Es ist ja nur ein Anerkennungsbeitrag, dass sie Klubmitglieder sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Warum rückwirkend?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Rückwirkend ist es ja nicht. Es fängt im September an und die Klubbeiträge werden meistens so im laufenden Jahr kassiert. Also es geht auch in das nächste Jahr rüber.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag? Stimmenthaltungen? 1 (FPÖ - GR Reznar). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um die Subvention für das Tagespflegezentrum Ennsleite, an das OÖ Hilfswerk. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

6) Fin-65/01 OÖ. Hilfswerk - Tagespflegzentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 2.10.2002 wird dem OÖ Hilfswerk, Dametzstraße 6, 4020 Linz, für den laufenden Betrieb des Tagespflegezentrums Ennsleite im Jahr 2002 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von Euro 72.700,-- (Euro zweiundsiebzigtausendsiebenhundert) gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Keine. Danke, einstimmig angenommen. Ich danke der Berichterstatterin und bitte Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem ersten Bericht geht es um eine Vereinbarung und einen Kaufvertrag mit Steyr Motors Liegenschaft GmbH, die ja bekannterweise im Wirtschaftspark Stadtgut eine Produktionsstätte, einen Betrieb errichten. Grundsätzlich wäre es ja nicht notwendig, bei Verkauf eines Grundstücks im GR noch einmal den Antrag zu stellen, weil ja der Grundsatzbeschluss im GR seinerzeit gefasst worden ist. Aufgrund von Verhandlungen mit Steyr Motors GmbH sind hier einige Wünsche und Anliegen geäußert worden, die abweichend von unserer Grundsatzvereinbarung sind. Im Grunde sind diese Ergänzungen und diese Anliegen in einem eigenen Beschluss zu fassen. Neu in den Kaufvertrag aufgenommen werden soll, über Ersuchen der Steyr Motors Liegenschaften GmbH, eine Ratenzahlung. Sie ist im Amtsbericht erläutert. Darüber hinaus ist hier auch ein Passus aufgenommen worden, dass im Fall der Überschreitung der Wertgrenzen des § 24 OÖ Bodenschutzgesetzes die Stadt verpflichtet werden soll, Sondermüll auf ihre Kosten entsorgen zu lassen. In diesem Bereich wird hier vorgeschlagen, dass wir diesen Passus jederzeit übernehmen können, weil in diesem Bereich keine Gefahr ist, dass hier Sondermüll bei Grabungsarbeiten auftreten wird. Ein dritter Punkt wurde auch aufgenommen und vorgeschlagen, dass wir dem auch die Zustimmung geben, dass die Steyr Motors Liegenschaften GmbH das Optionsrecht für eine Fläche von 5.760 m² eingeräumt wird und das bis zum 31.12.2004. Die anderen Punkte entsprechen unserem ursprünglichen Grundsatzbeschluss. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Es ist erfreulich, dass wir hier doch wieder einen Schritt für Betriebsansiedelungen setzen können. Die Verhandlungen laufen ja schon längere Zeit und heute können wir den Startschuss geben, damit das auch realisiert wird.

7) ÖAG-4/02 Abschluss eines Kaufvertrages mit der Steyr Motors Liegenschaften GmbH über ein Grundstück im Wirtschaftspark Stadtgut.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 30. September 2002 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der Steyr Motors Liegenschaften GmbH über ein Grundstück im Bereich des Wirtschaftsparks Stadtgut entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr i.d.g.F. wird der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich möchte nur erwähnen, dass das sicher wieder ein Meilenstein ist für die Entwicklung des Wirtschaftsparks Stadtgut und dass wir sehr froh und glücklich sind, dass wir diese Firma hier nach Steyr bekommen konnten. Ich glaube, dass es auch für die zukünftige Entwicklung der Stadt Steyr sehr, sehr positiv sein wird.
Ich komme nun zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es auch um einen wichtigen Bereich, der immer wieder zu Diskussionen

geführt hat und zwar geht es um den Abschluss eines Pachtvertrages mit Herrn Martin Bangerl, der Christkindlwelt und die sogenannte Haller-Wohnung im Objekt Sierninger Straße 1. Es ist hier nach anfänglichen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre gelungen, dass die technischen Anlagen soweit instandgesetzt worden sind, dass sie funktionieren, dass sie in Betrieb genommen werden können. Im vergangenen Jahr ist ja das vom Tourismusverband geführt worden. Es war jetzt doch möglich einen Interessenten zu finden, der privat diese Anlage, dieses Haus betreibt. Heute soll dieser Pachtvertrag auch zum Abschluss gebracht werden. Wir wünschen uns, glaube ich alle gemeinsam, dass diese Einrichtung auch funktioniert. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

8) GHJ2-61/02 Abschluss eines Pachtvertrages mit Herrn Martin Bangerl über die Christkindlwelt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 30. September 2002 wird dem Abschluss eines Pachtvertrages mit Herrn Martin Bangerl über die Christkindlwelt und die sogenannte Haller-Wohnung im Objekt Sierninger Straße 1 entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 i.d.g.F. zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Die Christkindlwelt hat schon eine lange Geschichte hinter sich, vielleicht nicht einmal so lange, aber eine sehr intensive. Ich bin immer eine von denen gewesen, die durchaus dafür waren, dass es diese Christkindlwelt gibt, wenn es eine touristische Belebung mit sich bringt, die Geschmacksfrage hat sich für mich weniger gestellt, sondern einfach die Umwegrentabilität. Was mich aber damals schon gestört und auch heute stört, ist die Vertragsgestaltung. Ich habe immer so meine Dejavu-Erlebnisse da herinnen. Wir machen einen Vertrag, merken, dass sehr viele Dinge nicht funktionieren und passen, und das nächste Mal machen wir wieder so einen Vertrag. Also aus den Fehlern haben wir nicht gelernt. Punkt 1) aus diesem Vertrag, Kündigungsrecht. Wir als Stadt Steyr verzichten 5 Jahre auf unser Kündigungsrecht. 5 Jahre.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was ist daran schlecht?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Der Betreiber kann jederzeit kündigen mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten. D. h., meine sehr geehrten Damen und Herren, im schlimmsten Fall kann es uns passieren, dass er mit 31. August kündigt, die Christkindlwelt noch im September, Oktober, November betrieben werden muss, also im September, Oktober ist die Kündigungsfrist, im November wird sie dann noch betrieben und im Dezember stehen wir dann plötzlich da. Ob wir auf die Schnelle einen Betreiber finden werden, wage ich zu bezweifeln, wenn ich mir anschaue wie lange wir jetzt wieder gebraucht haben, einen neuen Pächter zu finden. Also, das Ungleichgewicht zwischen dem was wir als Kündigungsrecht haben und das, was wir dem Betreiber machen. Im Endeffekt können wir uns das Ganze sowieso sparen, weil das Ganze ist ja längst beschlossen worden. Es ist ein Dringlichkeitsbeschluss. Merke, in Steyr wissen wir, dass Weihnachten am 24.12. ist, aber bei solchen Sachen kommen wir immer relativ spät drauf und was wir jetzt haben ist ein Dringlichkeitsbeschluss. D. h., im Endeffekt ist das ja alles schon entschieden worden. Ich frage mich auch, warum man das nicht alles zeitgerecht abwickeln kann. Eines ist schon interessant, und das fällt mir bei allen unseren Verträgen so schön auf, wir geben Auflagen. Grundsätzlich ist der Betreiber verpflichtet, die Christkindlwelt von Anfang November bis Ende Jänner ohne Ruhetag zu betreiben. Ja was machen wir denn, wenn er

sich nicht daran hält? Pönalien kennt die Stadt Steyr nicht, so etwas machen wir nicht. Also, wenn ich mir die Vertragsgestaltung anschaue, dann ist es höchst interessant. Ein Frage hätte ich noch an den Chefbetreiber, das war der Chefverhandler, der Herr Magistratsdirektor, der leider nicht da ist. Wie viele Interessenten hat es überhaupt für diese Christkindlwelt gegeben? Das würde mich schon noch interessieren. Nämlich Interessenten in Kenntnis dieser Bedingungen, dass man z. B. einen relativ niedrigen Pachtzins zahlen muss für die ersten Jahre.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Herr Apfelthaler hat sich gemeldet.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Kurt, jetzt hätte ich dich schon wieder vergessen. Verzeihe mir noch einmal.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich glaube, ich brauche ihr Erinnerungsvermögen nicht besonders strapazieren, aber ein großes Problem dieser Christkindlwelt war ja immer diese Schaubahn, wie wir es da im Amtsbericht lesen. Jetzt hätte mich halt interessiert, folgende Geschichte. Haben wir jetzt mit der ehemaligen Erzeugerfirma nach wie vor Kontakt? Wie sollen wir uns in Zukunft verhalten, wenn dieses technisch aufwendige Konstrukt dieser Schaubahn wieder stecken bleibt und somit eine der Hauptattraktionen? Ich wollte nur fragen. Letzten Endes haben wir ja auch irgendwie Recht behalten. Wir haben uns ja als Grüne sozusagen auch gegen diese Widmung ausgesprochen. Was ich mich erinnern kann, bei einem Gespräch mit dem Herrn Obrecht, so glaube ich hat er geheißen, der ja der Vorpächter war, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der war nie Pächter.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Na gut, aber er war sozusagen involviert in die ganze Geschichte. Der hat mir damals eben auch gesagt, dass die Bedenken seinerseits auch sehr groß waren, ob man den technischen Betrieb schadlos aufrechterhalten kann und wenn diese Attraktion wegfällt, ein Gutteil der Christkindlwelt sozusagen nicht betriebsfähig ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Für mich ist es immer schon sehr absonderlich, dass man, wie die Frau Kollegin Frech hier, ein Beispiel wählt, dass man genau dann kündigt, wenn das Geschäft angeht. Wenn einer so kündigt, dass er bis Ende November das Ding betreiben müsste und dann, wenn das Geschäft angeht betreibt er diese Sache nicht mehr, das wäre also für mich sehr verwunderlich. D. h., wenn er kündigt, dann kündigt er sicher so, dass rechtzeitig etwas anderes gefunden wird. Außerdem sind wir ja als gelernte ÖsterreicherInnen uns immer wieder bewusst, dass wir auch mit improvisieren Gutes erreichen können. Ich verweise darauf, dass beim letzten Mal der Tourismusverband das blendend gemanagt hat, auch kurzfristigerweise, und daher würde ich mir da auch keine Sorgen machen, obwohl es damals sehr große Widersprüche auch gegen diese Form des Betreibens gegeben hat.
Zum 3. möchte ich noch dem Kollegen Apfelthaler sagen, dass sich ja der Herr DI Beidl sehr intensiv mit dieser Schaubahn beschäftigt hat und mittlerweile die Teile alle in Österreich angefertigt werden und daher diese italienische Firma, soweit ich weiß, ja gar nicht mehr existiert bzw. in Konkurs gegangen ist und wir daher diese Dinge in Eigenregie sozusagen in Österreich herstellen

können und daher diese Gefahr nicht mehr bestehen sollte, wie sie war, dass die Bahn nicht mehr betrieben werden könnte. In der Nachschau zur letzten Saison ist die Bahn immer gefahren und letztlich hat sie sich auch bewährt als eine Attraktion in diesem Bereich. Ob das jetzt letztlich die richtige Widmung ist oder nicht, das glaube ich brauchen wir nicht mehr diskutieren, es ist die Christkindlwelt. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es noch eine Wortmeldung? Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Der Herr Kollege Bremm meint, der Pachtvertrag wird heute zum Abschluss gebracht. Das stimmt nicht. Es wäre einmal interessant, die Probe auf das Exempel zu machen und dass hier der GR mehrheitlich dagegen stimmt, weil ganz egal was wir heute abstimmen, er ist schon zum Abschluss gebracht worden, durch den Dringlichkeitsbeschluss im StS. Nur soweit zum Formalen.
D. h., wir haben auch heuer wieder sehr viel Zeit vertan, um wieder vor Weihnachten unter Druck zu kommen, weil die Christkindlbahn soll ja bereits schon seit Anfang November in Betrieb sein. Ich weiß nicht, ob sie wirklich schon läuft.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sie läuft schon.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wir beschließen heute die Verpachtung angeblich und sie läuft schon 14 Tage. Aber der Teufel liegt noch ein bisschen mehr im Detail. Da muss ich schon der Kollegin Frech Recht geben, wir machen zum Großteil die gleichen Fehler die wir schon vorher gemacht haben. Unabhängig jetzt von der Widmung, da kann man wirklich unterschiedlicher Meinung sein. Ich habe auch eine unterschiedliche Meinung zur Widmung dieses Hauses. Aber die Stadt Steyr hat ja schon sehr viel Geld hineininvestiert und wir sollten doch aus den Fehlern der Vergangenheit auch lernen. Wir haben ja letztes Mal ganz schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Kündigungsgründe seitens der Verpächterin im Bereich eines Konkursverfahrens nicht greifen. Damals hat uns der Herr Dr. Schmoll gesagt, es ist ganz egal was da drinnen steht, das zählt sowieso nicht, das hält nicht. Jetzt haben wir es wieder drinnen. Genau derselbe Punkt. Wozu schreiben wir es dann hinein? Dann sagen wir es ganz klar, das Risiko nehmen wir auf uns. Eine ganz große Schwachstelle ist auf Seite 4, Pkt. VII, dieses gegenständlichen Vertrages. Ich habe heute mit Herrn Dr. Schmoll noch einmal darüber gesprochen und offensichtlich sind, ich habe leider nicht mehr die Gelegenheit gehabt, noch einmal mit ihm zu sprechen, weil offensichtlich sind hier auch rechtliche Unschärfen dabei. Jetzt frage ich sie, Herr Bremm, sie sind verantwortlich dafür. Es steht drinnen: „Ebenso sind in den Betriebskosten die Kosten der regelmäßig wiederkehrenden Begutachtungen und der Kontrollen durch Herrn DI Rudolf Beidl oder eines von diesem namhaft zu machenden Dritten, sowie der von ihm namhaft gemachten Fachfirmen enthalten.“ Jetzt frage ich sie, ich habe heute die Auskunft bekommen, auch wenn die Bahn kaputt ist, beauftragen wir den Herrn DI Beidl und schicken die Rechnung über die Betriebskostenabrechnung dem Herrn Pächter. Hier steht aber ganz etwas anderes. Entweder habe ich eine andere Auskunft bekommen oder es ist eine rechtliche Unschärfe die mir nicht bekannt ist. Bitte Herr Liegenschaftsreferent äußern sie sich. Das ist schon ein sehr wichtiger Punkt, weil gerade bei diesem filigranen Bahnzeugs kann sehr häufig wahrscheinlich was kaputt gehen und hier sprechen wir nur von Service, regelmäßig wiederkehrende Begutachtungen und Kontrollen. Was ist, wenn am 24.12. die Bahn kaputt geht?

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Dann wird sie repariert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, wer bezahlt es? Reparieren ist gut.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Wenn ich richtig lese, Herr Doktor, dann steht da, in den Betriebskosten sind die Begutachtungen enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich habe deutlich gesagt Herr Hauser, was ist, wenn der Motor einen Totalschaden hat. Das ist keine regelmäßige Begutachtung. Das soll vorkommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist Instandhaltung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist Instandhaltung?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Selbstverständlich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Hier steht ganz klar, regelmäßig wiederkehrende Begutachtungen und Kontrollen. Das hat nichts mit Reparaturen zu tun. Ich bin kein Jurist. Bitte klären sie mich auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich möchte beim Letzten anschließen, das haben wir uns am leichtesten gemerkt, man muss einen Absatz immer zur Gänze lesen, das ist nämlich die Feinheit in einem Vertrag, dass es sehr teuflisch ist nur einen Punkt herauszunehmen und ihn dann interpretieren. Wenn man den Punkt fertig liest, steht das nämlich ganz genau da. Vielleicht darf ich ihn zur Verlesung bringen: „Ebenso sind in den Betriebskosten die Kosten der regelmäßig wiederkehrenden Begutachtungen und der Kontrollen durch Herrn DI Rudolf Beidl oder eines von diesem namhaft zu machenden Dritten, sowie der von ihm namhaft gemachten Fachfirmen enthalten. Diese Arbeiten an der Schaubahn werden von der Verpächterin beauftragt, vorfinanziert und dem Pächter im Rahmen der Betriebskostenabrechnung zur Vorschreibung gebracht. Es ist dem Pächter ausdrücklich untersagt, andere als die von der Stadt bzw. Herrn Prof. DI Rudolf Beidl namhaft gemachten Fachfirmen mit Reparatur- und Wartungsarbeiten an der Schaubahn zu beauftragen.“ Reparatur. Wir reden von Reparatur. Wenn eine Anlage kaputt ist und sie hergerichtet werden muss, dann ist es eine Reparatur, außer es müsste die Bahn ausgewechselt werden, dann ist es eine Neuanschaffung. Das ist aber ganz etwas anderes. Wir reden hier von einer Reparatur. „Für den Fall der Nichteinhaltung dieser vertraglichen Verpflichtung, steht der Stadt Steyr das Recht zu, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist mit sofortiger Wirkung für aufgelöst zu erklären.“ Also, es ist dezidiert von Reparatur die Rede. Wartung ist nicht Reparatur. Es ist dezidiert taxativ angeführt Reparatur und Wartung. Das wissen wir auch, ohne juristisch gefinkelt zu sein, dass es das beinhaltet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ist es erlaubt?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Selbstverständlich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Im ersten Teil dieses Absatzes steht eindeutig, dass sich die Betriebskosten nur auf die Instandhaltung und wiederkehrende Begutachtungen bezieht. Ich kann nur lesen was da steht. Erst im Nachhinein ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann muss man halt weiter lesen. Es ist ja dann genau erklärt. Es ist ja präzisiert.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Man muss einen Absatz fertig lesen. Es ist taxativ angeführt, dass die Reparatur und die Wartung ein Vertragsbestandteil ist. Das zu dem.
Zur Vertragsgestaltung, Kündigungsrecht udgl. Liebe Frau Kollegin Frech, in Wirklichkeit werden wir Sozialdemokraten immer kritisiert wie unternehmerunfreundlich wir sind. Jetzt sind wir sehr unternehmerfreundlich, auch in der Vertragsgestaltung, weil wir auch davon ausgehen, und wir auch Interesse haben, dass ein Vertrag so sein soll, dass da auch einer dabei leben kann und auch dort sein Geschäft machen kann. Jetzt machen wir das, und zwar ist das gang und gäbe und üblich in der Branche, dass bei den Kündigungsfristen oder Kündigungsrechten der Vermieter andere Bedingungen hat als der Mieter. Der Hintergrund ist schlicht und einfach das, wenn nämlich einer dort das in Pacht hat oder mietet es, dass er auch gewisse Investitionen tätigen muss und auch soll, das wollen wir auch von der Stadt her, und dann soll sich er auch diese Investitionen zurückspülen können. Dadurch gewährt man ihm andere Kündigungszeiten wie umgekehrt. Das macht nämlich keinen Sinn, Frau Kollegin Frech, wenn wir sagen, wir wollen auch beim Pächter oder auch bei der Mieterin, auf eine 5-jährige Bindung pochen. Weil wenn nämlich der das Geschäft nicht macht und wenn das nicht funktioniert, ist es gescheiter, wenn man es sobald als möglich auflösen kann und nicht das abwartet. Also, ich glaube, dass wir da nicht wirklich abweichend oder nicht gescheit in der Vertragsformulierung sind, sondern, dass wir da sehr sorgfältig waren und überlegt haben. Ich bin überzeugt, dass die, die mit der Vertragsgestaltung konfrontiert sind, das bestätigen können.
Die Kündigung zum Zeitpunkt 31.12. Wissen sie, ich gehe einmal davon aus, natürlich kann man überall ein Haar finden, das ist ganz selbstverständlich, dass dort das funktioniert, dass wir nicht den Vertrag gemacht haben, dass wir eh schon wissen, dass wir zum 31.12. die Kündigung haben und dass wir dort keinen neuerlichen Pächter haben. Ich sehe es nicht halb leer, sondern ich sehe es halb voll. Ich glaube, es wäre oft günstiger, wenn man es von dieser Seite betrachten würde. Wir wollen, dass das funktioniert und ich glaube auch, dass das funktionieren kann.
Zum zeitlichen Druck, das ist halt immer so eine Geschichte. Es wäre auch für uns schön, und ich glaube für jeden Referenten wäre es schön, wenn wir schnipsen und sagen, jetzt müssen wir einen Vertrag machen, jetzt brauchen wir einen Pächter und jetzt sollten wir 5 oder 6 in der Schreibtischlade haben und man kann einen herausziehen und wir haben sofort einen. Das ist ja nicht so, dass sich überall die Leute da großartig anstellen und sagen ich möchte das machen. Da muss man oft ringen und ziehen und es ist oft gar nicht so einfach. Ich habe es auch beim Schlossparkpavillon erlebt und in dem Bereich wieder erlebt, dass man da halt auch mit den Interessierten hart verhandeln muss, weil es auch um Bedingungen geht und jeder möchte halt alles zum Nulltarif haben. Da geht es halt dann, so wie es bei Verhandlungen ist, immer zeitlich hinzu und wer den längeren Atem hat, in dem Interesse ist es auch so. Ich möchte gar nicht irgendeine andere Formulierung machen. Bei solchen Verhandlungen ist halt der zeitliche Druck auch ein Verhandlungskriterium. Das ist bei jedem Geschäft so. Es wäre uns anders lieber und es wäre mir als Referent auch anders lieber gewesen, wenn wir keinen Dringlichkeitsbeschluss fassen hätten müssen. Aber ich bin froh, dass wir einen Dringlichkeitsbeschluss fassen konnten und nicht, dass wir wieder vor der selben Situation gewesen wären, wir haben wieder keinen Pächter und keinen Betreiber dieser Bahn. Ich glaube man sollte das halb voll sehen und nicht halb leer sehen.
Zur Schaubahn selbst, Kollege Apfelthaler, der Hauser Willi hat es schon gesagt, die italienische Firma ist in Konkurs gegangen. Die Firma Trotronic ist der Bereitsteller von Ersatzteilen. Der Prof. DI Beidl ist hier der technische Berater. Er hat es auch zustande gebracht, mit Trotronic, die Bahn wieder in Gang zu bringen und wenn es irgendwo spießt, dann sind die beiden da, die dafür sorgen, dass die Schäden, wenn irgendwelche Gebrechen auftreten, sie auch wieder beheben können.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Aber Trotronic ist kein Maschinenbauer.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber die Ersatzteile haben sie. Sie haben sehr dazugeholfen im Elektronikbereich, weil das Problem

ja nicht im Gerät selbst war, sondern das Heikle ist die Elektronik, die dort nicht funktioniert hat. Da ist die Firma schon Spezialist und die haben dort helfen können gemeinsam mit dem Prof. Beidl.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard, das ist Prof. Beidl mit Trotronicfachleuten und er hat Instandhalter von der Industrie auch mit hineingenommen. Bestens ausgebildete und geschulte Leute betreuen diese Bahn. Ich habe recht ein gutes Gefühl, was die technische Funktionalität dieser Bahn betrifft.

Vielleicht noch eine ganz kurze Bemerkung. Wir sind in Steyr sehr froh, dass wir dieses touristische Highlight wieder eröffnen können. Ich habe mit dem Tourismusdirektor schon gesprochen, der sagt, wunderschön. Es ist wieder einen fantastische Ausstellung mit der Frau Kreuzberger in Steyr. Wir müssen das wirklich hervorstreichen und müssen es auch in der Werbung wieder betonen, dass das ein touristisches Highlight für Steyr ist.
Wir kommen nun zur Abstimmung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Moment bitte. Herr Bremm, sie sind mir noch eine Antwort schuldig.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wie viele Interessenten gab es und wie hat man die Christkindlwelt ausgeschrieben?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wir haben die Christkindlwelt im Amtsblatt ausgeschrieben gehabt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nur im Amtsblatt?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wir haben sie nicht EU-weit ausgeschrieben. Da gibt es etwas dazwischen. Es haben sich die Interessenten sehr in Grenzen gehalten. Es war nicht so, dass sich die massenhaft angestellt haben, sondern wir haben da auch mitsuchen müssen, dass wir überhaupt jemanden aufgetrieben haben. Der Herr Bangerl hat halt ein Interesse angemeldet. Es war sehr schwierig. Direkte Bewerber hat es vielleicht einen noch gegeben, aber nicht in der Form, sondern der zweite Bewerber wollte nur einen Teilbereich davon machen und das war nicht in unserem Interesse. In unserem Interesse war, dass es einer in der Gesamtheit betreibt und auch mit der Frau Kreuzberger, da möchte ich auch noch anführen, es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Frau Kreuzberger bereit war, und ich möchte ihr von dieser Stelle auch herzlich dafür danken. Sie hat nichts verlangt, dass sie diese Ausstellung nach Steyr bringt. Es hat zuerst Diskussionen mit der Stadt gegeben und ich habe selbst mit ihr das Gespräch geführt und sie hat gesagt, sie möchte das in Steyr machen und es wird von der Stadt nichts verlangt. Vielleicht nächstes Jahr, dass sie eine kleine Unterstützung bekommt. Ich habe gesagt, wenn das funktioniert und wenn das eine gut Sache ist, werden wir nächstes Jahr darüber reden können, da werden wir debattieren. Aber für das heurige Jahr wird es unentgeltlich von der Frau Kreuzberger zur Verfügung gestellt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Einmalig in Europa.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich habe die Ausstellung selbst noch nicht gesehen, aber wir werden ja die Gelegenheit haben. Wie gesagt, die Interessenten waren da sehr spärlich. Es war auch nicht zu erwarten, wenn man es größer ausschreibt, dass deshalb mehr kommen. Wissen sie Frau Frech, ich glaube dass wir da nirgends wo etwas verstoßen haben, sondern dass wir froh sein können, dass wir jemanden haben, der das

betreibt.
Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, 1 GAL (GR Kupfer), 1 FPÖ (StR Eichhübl). Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 8 (6 FPÖ - Vzbgm. Dr. Pfeil, GR Dr. Wetzl, GR Ing. Hoflehner, GR Fürweger, GR Reznar, GR Toman, 1 GAL - GR Apfelthaler, 1 LIF). Damit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen worden. Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Antrag geht es um den Abschluss eines Kaufvertrages mit Herrn Ing. Bruno Steiner über Grundstücke im Wirtschaftspark. Das Büro Steiner übersiedelt ja in den Wirtschaftspark aufgrund der Verlagerung der Straße. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

9) ÖAG-18/02 Abschluss eines Kaufvertrages mit Herrn Ing. Bruno Steiner über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut; Zahlung einer Entschädigung gem. § 38 Abs. 6 OÖ. ROG an Herrn Rudolf Fuchs.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 4. Oktober 2002 wird der Abschluss eines Kaufvertrages mit Herrn Ing. Bruno Steiner, 4407 Steyr Gleink, Forellenweg 12, über die im Wirtschaftspark Stadtgut gelegenen Grundstücke 717/2 und 717/5, je Grundbuch Gleink, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf genehmigt. Weiters wird der Zahlung einer Entschädigung im Sinne des § 38 Abs. 6 OÖ. ROG an Herrn Rudolf Fuchs für das nunmehrige Grundstück 717/5 im Ausmaß von 1.273 m² und das in das Grundstück 720/4 einfließende Teilstück 5 im Ausmaß von 119 m² in Höhe von insgesamt EUR 83.659,80 zugestimmt. Zur Auszahlung dieser Entschädigungssumme wird bei der VA-Stelle 5/840000/001000 (Grundbesitz - unbebaute Grundstücke) der Betrag von EUR 83.700,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 83.700,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen. Da ist es ja um ein Grundstück gegangen, das der Stadt nicht gehört hat. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung. Ich komme zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Danke schön, einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
In meinem letzten Punkt geht es um die Verleihung von Sportehrenzeichen für Funktionäre in Gold und für Sportler in Gold. Es werden hier Funktionäre in Gold vorgeschlagen: Ernst Ginda, Alfred Lechner, Bmstr. Ing. Hermann Nograsek, Helmut Oberreiter, Wilhelm Treml. Sportehrenzeichen für Sportler in Gold wird vorgeschlagen: Erich Kessel. Sportehrenzeichen in Bronze wird vorgeschlagen: Ingo Schweiger. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

10) Sport-8/02 Sportehrenzeichenverleihung 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 4. Oktober 2002 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „Sportehrenzeichen der Stadt Steyr“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß III B/1. und 2. der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer infrage, die während einer 25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet, das 50. Lebensjahr erreicht und in den letzten zehn Jahren eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

1. ERNST GINDA, Jg. 1948 - TV Naturfreunde Österreich - Ortsgruppe Steyr
seit 1975 Ausschussmitglied TV NaturfreundeÖsterreich - Ortsgruppe Steyr
seit 1985 Kassier TV Naturfreunde Österreich - Orstgruppe Steyr

2. ALFRED LECHNER, Jg. 1948 - ASV Bewegung Steyr
1977 bis 1988 Beirat ASV Bewegung Steyr
1988 bis 2001 Kassier ASV Bewegung Steyr
seit 1998 Kassier ASV Bewegung Steyr Ennsleite Tennis
seit 2001 Kassier-Stellvertreter ASV Bewegung Steyr

3. BMSTR. ING. HERMANN NOGRASEK Jg. 1941 - ASV-Bewegung Steyr
1975 bis 1978 Schriftführer ATSV „Vorwärts Steyr“ Sektion Stocksport
1978 bis 1982 Kassier ATSV „Vorwärts Steyr“ Sektion Stocksport
1982 bis 1985 Sektionsleiter ATSV „Vorwärts Steyr“ Sektion Stocksport
1978 bis 1983 Stocksport Landesfachwart-Stv. ASKÖ OÖ
1978 bis 1983 Stocksport-Bezirksfachwart ASKÖ Bezirk Steyr
1979 bis 1981 Präsident-Stv. Stocksport-Landesverband OÖ
seit 1985 Mannschaftsführer Sektion Tennis ASV Bewegung Steyr
seit 1990 Vizepräsident ASV Bewegung Steyr

4. HELMUT OBERREITER, Jg. 1942 - TV Naturfreunde Österreich - Ortsgruppe Steyr
1973 bis 1985 Ausschussmitglied TV Naturfreunde Österreich - Ortsgruppe Steyr
1985 bis 1991 Obmann Stellvertreter TV Naturfreunde Österreich - Ortsgruppe Steyr
seit 1991 Obmann TV Naturfreunde Österreich - Ortsgruppe Steyr

5. WILHELM TREML, Jg. 1950 - ASV Bewegung Steyr
1971 bis 1976 Jugendtrainer ASV Bewegung Steyr Sektion Fußball
1975 bis 1981 Kassier ASV Bewegung Steyr
1981 bis 1995 Sektionsleiter Fußball ASV Bewegung Steyr
1995 bis 2000 Sportleiter Sektion Fußball ASV Bewegung Steyr
seit 2001 Obmann-Stellvertreter ASV Bewegung Fußball

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN GOLD:

Gemäß III A/1. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in goldener Ausführung für die erfolgreiche Teilnahme an herausragenden sportlichen Ereignissen (Teilnahme an olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften), für die fünfmalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzelbewerb, für außergewöhnliche sportliche Leistungen auf alpinistischen Gebiet, für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Mannschaftsbewerb, sofern dieser nicht auch als Einzelbewerb ausgeschrieben ist und für

aktive Mitglieder einer Mannschaft, die maßgeblich Anteil daran haben, dass die Mannschaft der höchsten Spielklasse Österreichs angehört, verliehen.

1. ERICH KESSEL, Jg. 1945 - UNION Steyr - Sektion Tischtennis Tischtennis (Behindertensport)
Europameisterschaft im Teambewerb 1999 (2er-Team) 3. Platz
Europameisterschaft im Teambewerb 2001 (3er-Team) 3. Platz
Staatsmeister Einzelbewerb 1999, 2000 und 2002
Landesmeister Doppelbewerb 1999 und 2002
Stocksport: Stadtmeister im Mannschaftsbewerb (SV Forelle Steyr) 1989

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:

Gemäß III A/3. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in bronzener Ausführung für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für die fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. INGO SCHWEIGER, Jg. 1975 - ASKÖ Kickboxclub Steyr
Landesmeister im Kickboxen Semikontakt 2000
Landesmeister im Kickboxen Vollkontakt 2001
Landesmeister im Kickboxen Semikontakt 2002

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ist irgendjemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine. Danke schön, einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Roman Eichhübl, um seine Berichte.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Die Stadtwerke der Stadt Steyr kommen ihrer jährlichen Verpflichtung nach und legen dem Gemeinderat einen Rechenschaftsbericht vor. Einen Rechenschaftsbericht, der in Form eines Geschäftsberichtes sehr umfangreich zum einen die Bilanz der sieben Teilbetriebe und zum anderen die Gewinn- und Verlustrechnung der sieben Teilbereiche ausweist. Es wurde auch sehr ausführlich darüber im Verwaltungsausschuss diskutiert und es war auch Anlass dafür, dass die dort vertretenen Funktionäre und Parteienvertreter den Dank ausgesprochen haben an die Belegschaft der Stadtwerke und die Verantwortlichen, weil es doch ein sehr erfreuliches Ergebnis ist, das ich ihnen in einigen Eckdaten nennen darf. Es geht um eine Bilanzsumme von insgesamt S 571.000.000,00, um einen Umsatz von S 234.000.000,00 und das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit war in Höhe von S 4.000.000,00 zu vermerken. Saldoauflösungen von Rücklagen und Steuern S 1.900.000,00 und somit das Bilanzergebnis von S 5.900.000,00. Das bedeutet, dass im Bereich der Bestattung ein Umsatz von S 5.070.900,00 erwirtschaftet wurde, bei einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von S 816.800,00, beim Krematorium einen Umsatz von 7,4 Mio. Schilling, bei einem EGT von S 1.246.300,00. Im Wasserwerk war ein Umsatz von S 49.220.900,00 zu bemerken und das bedeutete ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von S 17.048.500,00. Beim Stadtbad war ein Umsatz zu erreichen von S 6.224.300,00, das hat ein Minus von S 8.109.400,00 gebracht. Ebenso beim Eislaufplatz ein Verlust von
S 1.953.500,00 bei einem Umsatz von S 2.057.100,00. Beim Gas war ein Umsatz von 131.482.000,00 festzustellen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt S 20.295.700,00 und beim Stadtbus ein Minus von S 25.384.300,00 bei einem Umsatz von S 32.585.500,00. Das hat schlussendlich eines erbracht, dass ein Gesamtumsatz von S 234.048.100,00 zu Buche geschlagen hat und ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von
S 3.955.300,00; das Bilanzergebnis bei einer Rücklagenveränderung von plus S 2.117.900,00 von S 5.862.200,00.
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe bereits erwähnt, dass das ein

wirklich herzeigbares Ergebnis ist. Ich habe auch im Ausschuss bereits meinen Dank und die Anerkennung an die Verantwortlichen und Mitarbeiter der Stadtwerke ausgesprochen. Ich möchte das hier, in dieser öffentlichen GR-Sitzung wiederholen. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern der Stadtwerkebetriebe für diese Tätigkeit, die schlussendlich, wie ich angeführt habe, ein sehr respektables Ergebnis gebracht hat. Herr Bürgermeister ich darf, bevor ich dich bitte die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen, den Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr an den GR verlesen.

11) Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2001.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2001 der Stadtwerke Steyr wird im Sinne des § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt.

Gleichzeitig wird die Saldoauflösung der Rücklagen mit insgesamt 1,9 Millionen Schilling genehmigt. Ebenso wird den stadtwerkeinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz und Stadtbus zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es dazu eine Diskussion. Das ist nicht der Fall. Ich möchte auch erwähnen, dass die Stadtwerke sehr gut gewirtschaftet haben und sehr positive Ergebnisse im letzten Jahr erwirtschaftet haben. Herzlichen Dank auch noch einmal an dich, Roman.
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Dagegen? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden.
Roman, ich bitte dich um deinen 2. Bericht.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Danke. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wie sie aus den Unterlagen ersehen haben können, ist der zweite Antrag inhaltlich umfangreicher. Es geht im Grunde genommen darum, dass aufgrund der Liberalisierungsmaßnahmen, und dem damit in Verbindung stehenden Gaswirtschaftsgesetz II, es erforderlich ist, dass sich auch der Gemeinderat beschlussmäßig damit beschäftigt. Und zwar ist ja bereits im Verwaltungsausschuss darüber diskutiert worden und ich habe dort auch deutlich gemacht, dass es eine Reihe von Verordnungen von der neu gegründeten Energie-Control-Kommission gegeben hat, wobei sich auch natürlich die Stadtwerke als Gasversorger mit einschalten mussten und das Ganze, mit nicht unerheblicher Arbeit und Beteiligung der Stadtwerke, schlussendlich zu dieser Vereinbarung gekommen ist. Ich gehe davon aus, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass sie, zumindest der Großteil von ihnen, diese Unterlage nicht durchgelesen haben und daher dem Ausschuss vertrauen. Ich darf ihnen daher den Antrag des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis bringen.

13) Stw-104/02 Gaswirtschaftsgesetz II; Bundesgesetzblatt Nr. 148/2002; Genehmigung der Allg. Bedingungen für den Zugang zu Verteilerleitungen (Allg. Verteilernetzbedingungen).

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 24.10.2002 werden die in der Beilage dargestellten Allgemeinen Bedingungen für den Netzzugang zu Verteilerleitungen mit

Wirksamkeit 16.10.2002 genehmigt. (Gaswirtschaftsgesetz II, BGBl. I, Nr. 148/2002). (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf dich bitten darüber die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Willi.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich möchte nur eine kleine Bemerkung anführen, weil wir ja ständig hören, dass es besser ist, wenn Private sozusagen die Dinge in die Hand nehmen. Alleine diese Kontrollkommission bzw. Verwertungskommission, die hier der Herr StR Eichhübl genannt hat, kostet uns bitte sehr insgesamt 185 Mio. Schilling im Jahr, die diese Gasverteilung bzw. Abrechnung jetzt durchführt und das in Österreich bitte sehr. Ich möchte das nur einmal kurz erwähnt haben. Wir sind hier in einer Situation, die halt aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen jetzt so ist. Wir sind letztendlich auch die, die jetzt für die sogenannten im Rahmen der Liberalisierung dieser Gaswirtschaft unsere Leitungen zur Verfügung stellen und dafür zwar Gebühren einheben dürfen, aber generell muss man sagen, dass diese Verwaltung bzw. Abrechnungs- und Betreibungskosten 185 Mio. Schilling für Österreich betragen. Da frage ich mich schon, ob immer alles billiger ist wenn es Private machen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um dein Schlusswort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ja, nachdem wir schon sehr viel darüber diskutiert haben, ich war ja des Öfteren bei Besprechungen dabei, kann ich mich sehr kurz fassen. Es ist richtig, was der Kollege Hauser jetzt gesagt hat, dass diese Energie-Control-Kommission, die ja im Übrigen auch damit beschäftigt war die Elektrizität zu beurteilen, um dort Liberalisierungsmaßnahmen vorzubereiten, etwa 180 Mio. Schilling gekostet hat. Wenn man die Zeitungsberichte in diesem Zusammenhang liest, hauptsächlich sind die ja im Wirtschaftsteil zu finden, gibt es tatsächlich dort und da noch widersprüchliche Auffassungen darüber, ob denn tatsächlich diese Liberalisierungsmaßnahmen den Erfolg bringen. Tatsache ist es, dass die Großabnehmer, soweit man jetzt den derzeitigen Stand der Dinge beurteilen kann, zu etwas günstigeren Tarifen kommen wird. Im Haushaltsbereich schaut die Geschichte eher etwas anders aus. Es ist aber auch eines zu erwähnen, was für Steyr sehr wichtig ist. Es hat bei uns bis dato vorsorglich zwei Kündigungen gegeben, von zwei größeren Kunden, die vorsorglich, nachdem es ja möglich ist über einen Zeitraum von einem Monat einen Vertrag aufzukündigen bei uns, bei den Gaswerken, gekündigt haben. Aber es gibt zur Zeit für den Bereich Steyr noch keinen Gasanbieter, mit Ausnahme der OÖ Ferngas, wobei ja jeder weiß, dass auch die OÖ Ferngas der Lieferant der Stadtwerke ist, in der Größenordnung von etwa 25 Mio. Kubikmeter, die wir jährlich an den Mann bzw. an die Haushalte liefern.
Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich bitte um deinen letzten Punkt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich danke. Darüber ist ja teilweise bereits gesprochen worden und darum geht es auch jetzt wieder. Es geht um das Gaswirtschaftsgesetz, dass ja bereits angesprochen wurde. Es geht konkret um ein System der Nutzung. Dazu ist es auch wieder erforderlich, eine entsprechende Verordnung vom GR verabschieden zu lassen. Es geht um die vorhin angesprochene Netznutzung und das dazugehörige Entgelt. Meine Damen und Herren des Gemeinderates ich darf nochmals hier anfügen, dass ebenfalls

diese Thematik bereits im Verwaltungsausschuss besprochen wurde und darf ihnen daher kurz und bündig den Antrag zur Kenntnis bringen.

14) Stw-99/02 Gaswirtschaftsgesetz II; Bundesgesetzblatt I; Nr. 148/02; Verordnung der Energie-Control-Kommission über die Tarife für Systemnutzung in der Gaswirtschaft (Gas-Systemnutzungstarif-Verordnung) ab 1.10.2002.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 14.10.2002 wird der Verrechnung des Netznutzungsentgeltes gem. Verordnung der Energie-Control-Kommission, dargestellt in der Beilage, zugestimmt. Gleichzeitig bleiben mit der Genehmigung der Netznutzungsentgelte auch die Arbeitspreise für den Bezug des Erdgases in m3n bei unveränderten Erdgastarifen (Beschluss des Gemeinderates vom 21.03.2002, sh. Beilage)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf sie ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 1 Enthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Mayrhofer.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Sehr geehrte Damen und Herren. Der erster Antrag bezieht sich auf die Kanalisation Steyr - Ennsleite und zwar um die Steilstrecke Richtung Märzenkeller herunter. Es ist ein Dringlichkeitsbeschluss, der deswegen notwendig wurde, weil die erste Vergabe aufgehoben werden musste, das heißt die erste Ausschreibung. Nunmehr haben wir einen Preis erzielt, der unseren Schätzungen entspricht.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

15) BauT-10/02 Kanalisation Stadt Steyr - Ennsleite; Erneuerung NK Glöckelstraße G5A - 11; Vergabe der Bauarbeiten; Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. 10. 2002 werden die Erd-, Baumeister- u. Rohrverlegungsarbeiten zur Erneuerung der Kanalisation Ennsleite NK Glöckelstraße G 5A - G11 im Bereich Märzenkeller - Stadlgasse zum Preis von EUR 105.516,88 excl MWSt. an die Firma Koller, 4360 Grein, Ufer 11, übertragen.

Die erforderlichen Mittel sind im Budget 2002 in Höhe von EUR 21.100,-- excl. MWSt. bei der VSt. 5/851000/004380 (Kanalisation Ennsleite) bereitgestellt. Die restlichen Mittel in Höhe von EUR 84.417,-- excl. MWSt. sind im Budget 2003 vorzusehen.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt EUR 21.100,-- excl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen

durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS. 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich möchte dazu nur erwähnen, dass bei den Angeboten ein Riesenunterschied zu bemerken ist, also von der Firma Koller, Grein, um € 105.516,88 bis zu € 171.304,55 die Firma Swietelsky aus Linz. Also, ein eklatanter Unterschied und wahrscheinlich ist es auch deshalb notwendig geworden, dass man dieses Angebot noch einmal durchführt.
Ich komme jetzt zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? Auch keine, also einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt betrifft etwas Erfreuliches. Es geht um die Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2001“, der jährlich in dreifacher Form vergeben wird, zweimal für Hausbesitzer und einmal für Professionisten.
Als erster Preisträger wird Herr Dr. Wolfgang Pfaffenwimmer vorgeschlagen, der ein Haus auf der Promenade, Berggasse, renoviert hat. Als zweiter Preisträger steht die VKB-Bank, in Vertretung der Herr Direktor Karl-Heinz Ragl. Dritter Preisträger - und hier sind wir bei den Professionisten - der Herr August Reichenpfader, der nicht nur ein Objekt sondern in unserer Stadt wirklich schon sehr viele vorbildlich restauriert hat.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

16) K-1/02 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2001“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 4. Oktober 2002 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmälern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther 2001“ verliehen.

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

1. Herr Dr. Wolfgang Pfaffenwimmer

2. VKB-Bank, Herr Direktor Karl-Heinz Ragl

3. Herr August Reichenpfader

Ich ersuche, diesen drei Genannten die Ehrenzeichen zu verleihen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher komme ich gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Dieser Antrag bezieht sich auf eine Subvention an die STYRIA und zwar für die Errichtung einer

Gartenstützmauer beim Bauvorhaben bei St. Anna. Hier geht es um die Abgrenzung beim öffentlichen Weg bei der Seifentruhe herab.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) Fin-248/02 Subvention an die STYRIA Genossenschaft für die Errichtung einer Gartenstützmauer bei St. Anna; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 11. Oktober 2002 wird der Auszahlung einer Subvention in Höhe von EUR 39.800,-- an die STYRIA Genossenschaft für die Errichtung der ca. 123 m langen Gartenstützmauer bei St. Anna aus Stahlbeton zugestimmt.

Die Mittelfreigabe in Höhe von EUR 39.800,-- erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/480000/775100 „Allgemeine Wohnbauförderung, Kapitaltransferzahlungen an Unternehmungen“.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 39.800,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es Stimmenthaltungen oder Gegenstimmen? Nein, einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter und ersuche den letzten Berichterstatter, Herrn StR Ing. Dietmar Spanring, um seine Ausführungen.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. Ich darf in meinem ersten Antrag die Neufestsetzung der Nächtigungsgebühren für die Jugendherberge der Stadt Steyr in der Josef-Hafner-Straße 14 beantragen, nachdem die Jugendherberge jetzt in den OÖ Jugendherbergsverband aufgenommen wurde und auch entsprechende Restaurierungen und Erneuerungen in der Jugendherberge stattgefunden haben und auch das Angebot entsprechend internationalisiert wurde.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

18) Fin-145/01 Neufestsetzung der Nächtigungsgebühren für die Jugendherberge der Stadt Steyr in der Josef-Hafner-Straße 14.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches VI, Fachabteilung für Kulturangelegenheiten, Dienststelle für Jugendveranstaltungen und Jugendherberge vom 2. September 2002 wird die Neufestsetzung der Nächtigungsgebühren für die Jugendherberge der Stadt Steyr mit Wirkung vom 01. 10. 2002 genehmigt.

Ich ersuche um entsprechende Genehmigung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es zu diesem Antrag eine Gegenstimme oder Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem zweiten und letzten Antrag geht es um eine Änderung der Darlehenskonditionen für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

19) Fin-262/02 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01 - 19; Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung; Änderung der Darlehenskonditionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung vom 18. 10. 2002 wird der Ausdehnung des tilgungsfreien Zeitraumes für im Rahmen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung aufgenommene Landesdarlehen im Zusammenhang mit der Ausführung der Bauabschnitte 01 - 19 bis 2005 entsprechend dem Erlass der OÖ. Landesregierung, Gem. 300030/100-2002-Sec, zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter.

Das war der letzte Punkt der Tagesordnung bzw. der Verhandlungsgegenstände und wir kommen jetzt zur „Aktuellen Stunde“.

Gibt es von der SPÖ einen Beitrag?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Der Gemeinderat hat im Frühjahr beschlossen, eine Studie für die Standortwahl „Innere Stadt - Parkhaus“ in Auftrag zu geben. Als Übergabe- und Endtermin ist damals einvernehmlich der 15. November 2002 festgesetzt worden. Die Grundlagen der Studie wurden im letzten Verkehrsausschuss am 7. November von den beiden Mitarbeitern des verstorbenen Herrn Universitätsprofessor Stickler präsentiert, es fehlt aber noch die Interpretation, weil seitens der Stadt noch einige Auskünfte bzw. Empfehlungen notwendig sind. Ich sage das deshalb heute hier im Gemeinderat um einigen Gerüchten vorzubeugen bzw. alle mit dem gleichen Wissenstand auszustatten, weil gestern in der Sitzung über das Parkleitsystem auch das Schreiben zitiert worden ist, das offensichtlich nur ich als Auftraggeber und der Herr Baudirektor bekommen haben. Weil das auch einigen von ihnen bekannt ist, möchte ich schon fair sein und möchte, dass alle den selben Wissenstand haben, um eventuellen Gerüchten vorzubeugen. Wir haben tatsächlich eine sehr schwierige Situation. Wie sie wissen, haben wir zwei Aufträge vergeben, das eine ist der „kleinere“ Auftrag an den Herrn Prof. Stickler, über die Standortsuche Garage Innere Stadt und der zweite, größere Auftrag ist der Auftrag über die Neufassung, Erneuerung unseres Generalverkehrskonzeptes aus dem Jahre 1992. Im ersten Auftrag haben wir uns mit dem Nachfolger bzw. den Unterschriftsberechtigten der Stickler-Consult in Innsbruck dahingehend geeinigt, dass die technischen Mitarbeiter und Assistenten an der Universität in Graz diese Studie weitermachen und zu Ende bringen. Im zweiten Teil, beim Hauptkonzept, werden wir in

den nächsten Wochen soweit klar sein, wenn wir wissen wer nun die Stickler-Consult übernimmt, auch nach den gesetzlichen Bestimmungen, ob wir dort wieder einen Ansprechpartner haben und in welcher Form wir dieses Generalverkehrskonzept weiterführen. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam mit den selben Leuten machen können, die jetzt schon sehr viel Arbeit hineingegeben haben, aber sicherlich werden wir Nachverhandlungen machen müssen. Aber zum ersten Teil zurück. Es wurden die Zahlen, die am 20. Juni in Steyr erhoben worden sind, am 7. November präsentiert. Das war ein sehr heißer Donnerstag und es war eine Momentaufnahme und hier kommen die beiden Verfasser der Studie und der derzeitige Institutsvorstand, Herr Universitätsprofessor Gobiet zu folgendem Schluss; wer noch die ganz genauen Daten haben will, ich bin gerne bereit, nach der Sitzung alle Daten zur Verfügung zu stellen. Ich lese ihnen die zwei essentiellen Absätze vor.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn es geht, dann vollständig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wenn sie wollen, kann ich ihnen auch den ganzen Brief vorlesen, ich mache das sehr gerne.
„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Am 7. November 2002 wurden die Ergebnisse der Parkraumerhebung von Mitarbeitern des Institutes für Straßen und Verkehrswesen im gemeinderätlichen Verkehrsausschuss der Stadt Steyr vorgestellt. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Aus der aktuellen Erhebung des Parkraumes lässt sich kein akuter Bedarf für eine Kapazitätserweiterung des Parkraumes ableiten. Ein lokaler und zeitlicher Kapazitätsengpass ist im Bereich Innere Stadt vorhanden.

Da die Stadt Steyr die Absicht hat, gezielt verkehrssteuernd einzugreifen, ist auf Basis der aktuellen Erhebungsergebnissen eine Aktualisierung der politischen Ziele notwendig. Eine Neuordnung der Parkplätze im untersuchten Gebiet ist unter Beachtung der Stadtentwicklung anzustreben, was auch die Errichtung einer oder mehrerer Parkgaragen zur Folge haben könnte.
Der Stadtteil „Innere Stadt“ könnte damit vom Parksuchverkehr entlastet werden.“

Und jetzt kommt noch das Formale.
„Für diese Parkraumstudie im Rahmen des gesamten Verkehrskonzeptes 2003 wurden bisher maßgebliche Arbeiten am Institut für Straßenverkehrswesen vorgenommen. Durch das Ableben von Herrn Prof. Stickler ist die Aufgabenverteilung für das Bearbeiten der Studie unklar geworden. Auftragnehmer ist die Stickler-Consult GmbH. Innsbruck, es besteht kein Rechtsverhältnis zwischen dem Institut und der Stickler-Consult GmbH. Das Institut für Straßen und Verkehrswesen hat Interesse die begonnene Arbeit fortzusetzen und abzuschließen. Die dazu notwendigen vertraglichen Voraussetzungen müssen allerdings von der Stadt Steyr abgeklärt werden.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme und Verständigung nach Klärung der rechtlichen Situation verbleibe ich mit freundlichen Grüßen - Werner Gobiet.“

Das ist der vollständige Brief, es liegt jetzt an uns, die politischen Ziele raschest neu zu formulieren und das Institut in Graz zu einer endgültigen Stellungnahme, Aktualisierung der Parkhausempfehlung von Herrn Prof. Stickler aus dem Jahre 1992, zu veranlassen. Das war Ziel dieser Studie und da möchte ich auch ein Ergebnis haben.
Es ist nicht richtig, dass wir jetzt kein Parkhaus brauchen, ganz im Gegenteil. Gerade die Entwicklungen der letzten zwei, drei Jahre haben es dramatisch gezeigt, dass die Innenstadt einen tatsächlich gewaltigen Nachholbedarf in der Bequemlichkeit beim Einkauf hat. Wir haben das Verkehrskonzept relativ gut aufgearbeitet, aber ich konnte mit dem Herrn Prof. Stickler selbst im September noch einmal das Verkehrskonzept durchgehen und er hat mir eines gesagt und den Finger darauf gelegt - wo ihr nachlässig gewesen seid, wie er gesagt hat - das sind die Dauerparker, besonders im innerstädtischen zentralsten Bereich, da haben wir ein Problem. Das stand 1992 bereits im Verkehrskonzept drinnen.

Ich bedanke mich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass wir am Donnerstag vergangener Woche im Verkehrsausschuss mit sehr nüchternen Zahlen konfrontiert wurden, wo präsentiert wurde, was jetzt auch in der Zusammenfassung der Herr Dr. Pfeil geäußert hat. Ich möchte es so formulieren, wir sollten auch nicht in Panik und Hysterie ausbrechen, dass in Steyr der gesamte Verkehr zusammenbricht, dass die ganze Stadt nicht mehr funktioniert, weil wir keine Parkplätze haben, gewisse Stimmungen relativiert auch diese Untersuchung. Ich bin aber auch beim Herrn Dr. Pfeil, ich glaube, wir sollten auch über den Tellerrand hinausdenken und nicht den Status quo als gegeben nehmen und auch für die Zukunft nicht als gegeben nehmen, sondern wir wissen, dass natürlich der Individualverkehr in den nächsten Jahren zunehmen wird. Die Experten prophezeien uns ja in den nächsten 10 bis 15 Jahren eine Zunahme des Individualverkehrs zwischen 30 % und 35 % und meistens haben die Experten dann auch recht, dass das, was wir uns nicht wünschen, dann aber eintritt. Wir merken es ja selber auch, dass der Verkehr fast täglich zunimmt und wir sollten das Ziel, das wir gemeinsam haben - und wir haben das zwischen den Fraktionen auch schon formuliert - eine zentrumsnahe Parkgarage sein soll und dass wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren. Ich möchte natürliche aufgrund der Diskussion, die gestern hier im Rathaus stattgefunden hat, schon auch anmerken, wenn man zusätzlich Parkraum schafft, dann liegt es auch in unserer Verantwortung, dass es auch einer gewissen Wirtschaftlichkeit unterliegen muss. Das ist einfach notwendig; es wird die Stadt dabei überfordert sein, zu glauben, wir können eine Parkgarage bauen - so wie es angeführt wurde - mit 600 bis 700 Parkplätzen und diese kostenlos zur Verfügung stellen. Ich glaube, das ist nicht möglich und das ist auch nicht der Zeitgeist. Wenn man in Europa oder darüber hinaus herumfährt, dann ist das Problem ruhender Verkehr neben dem fließenden Individualverkehr ein riesiges, aber es denkt niemand irgendwo daran, Parkgaragen unentgeltlich hinzustellen, damit sie jeder nützen kann. Außer jenen vielleicht, die davon wirtschaftlich profitieren, aber die sehen es dann natürlich auch aus wirtschaftlicher Sicht und nicht nur als freundliches Entgegenkommen gegen den Autofahrer. Ich glaube, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass wir das Ziel Parkgarage schon im Auge haben wollen und auch wir seitens der sozialdemokratischen Partei sehen das. Wir wollen das Problem nicht verniedlichen, aber ein bisschen relativiert hat sich das aus den Untersuchungen der Experten schon, auch wenn es uns oft nicht gefällt, was die Experten sagen, wir müssen es trotzdem einmal so nehmen. Das wollte ich hier zum Ausdruck bringen, vor allem aber schon signalisieren, dass wir als Sozialdemokraten nicht sagen, die haben gesagt wir brauchen momentan eh keine Parkgarage, damit hat sich für Steyr das Problem erledigt, das ist - glaube ich - nicht so. Es ist hier auch von den zwei Herren zum Ausdruck gebracht worden, dass natürlich auch politisch Weichenstellungen getroffen werden sollen - oder nicht sollen - die Politik muss sagen, was sie will, ob wir hier Verkehrsleitmaßnahmen wollen oder nicht. Da wissen wir auch, was hier gemeint ist, die Dauerparker, der fließende und der ruhende Verkehr, hier wird auch die Politik gefordert sein. Wir werden aber nicht umhin kommen, wenn wir so etwas ins Auge fassen, dass auch eine gewisse Wirtschaftlichkeit bei der Errichtung so einer Garage gegeben ist. Eines möchte ich hier auch sagen, es ist nicht so, dass derzeit irgendwer die Errichtung einer Garage verhindert, es halten sich hier Privatinvestoren sehr vornehm zurück, es kommt keiner und sagt, ich möchte unmittelbar beim Schlosspark oder sonst irgendwo eine Garage errichten. So ist es, mehr Privat, weniger Staat, das ist immer gefordert worden, gerade von euch zwei. Jetzt sagt man auf einmal wieder mehr Staat, weniger Privat. Also, wenn es Privatinvestoren geben würde, würden wir als Stadt das sicherlich auch mit unterstützen, aber da ist momentan eigentlich nichts in Sicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. FPÖ? Herr Hoflehner?

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:
Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich persönlich verstehe nicht,

warum es in Steyr nicht gelingt, eine Art Aufbruchstimmung bezüglich Innenstadt zu erzeugen. Es gelingt uns einfach nicht. Es gibt weit und breit keine Ergebnisse aus der Zukunftskonferenz, es gibt meines Wissens keinen weitblickenden-neuen, frischen Citymanager, der die Stadt auf Vordermann bringt - wir wissen, was da alles läuft, es ist nicht befriedigend - es ist keine Parkgarage in Sicht. Ich frage mich, was ist da wirklich los, dass da in Steyr nichts weitergeht. Es ist doch wirklich die Wahrheit, Herr Bürgermeister, dort unten am Stadtplatz schaut es immer trauriger aus. Wenn sie in den letzten Tagen einmal durchgegangen sind, es sterben immer mehr Geschäfte aus, es sind immer weniger Leute unterwegs, es ist einfach eine traurige Situation. Wie wir vor 4 oder 5 Jahren dagestanden sind, da habe ich mir wirklich erhofft und erwünscht, dass da in der Innenstadt etwas weitergeht, dass wir die beleben können. Die Tatsache ist aber, wie wir heute dastehen, dass es schlechter geworden ist. Klären sie uns bitte auf, was ihre Intentionen sind, speziell was die Zukunftskonferenz betrifft, warum da nichts passiert. Mir kommt vor, dass die ganze Entwicklung in eine völlig falsche Richtung geht. Nicht Richtung Belebung, sondern Richtung aussterben der Innenstadt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Gestern hat es eine Diskussion gegeben und zwar mit dem Titel „Parkleitsystem“, aber es hat dann natürlich in der Diskussion um die Parkgarage gegipfelt. Weil es auch ganz klar ist, ein Parkleitsystem ersetzt ja auch keine Parkgarage und nur eine Parkgarage kann auch eines der Probleme der Innenstadt lösen. Ich sage bewusst, eines der Probleme, weil es nur auf die Parkplatzsituation zu fokussieren, ist mit Sicherheit auch falsch. Das heißt, das Problem ist sicher mehrschichtiger. Sie haben eine Momentaufnahme angesprochen, Herr Vizebgm. Pfeil, die am 20. Juni erstellt wurde. Wir wissen, wie gefährlich es ist, von der Analyse eines Tages auf einen Ist-Zustand zu schließen. Die Wirtschaftskammer hat im Frühling eine Studie von der Uni Linz über die Innenstadt machen lassen, über die Kaufgewohnheiten, über die Kaufkraft, über das Käuferverhalten und hier ist ganz klar herausgekommen, dass jener Punkt, der am stärksten von den Kunden bekrittelt wurde und wo angeführt wurde, warum sie nicht gerne in die Stadt fahren, das Parkplatzangebot ist. Das mag für den Kunden eine subjektive Beurteilung sein, aber sie ist ausschlaggebend, ob jemand die Einkaufsdestination Innenstadt wählt, oder ob er auf der grünen Wiese einkauft. Ich gebe meinen Vorredner insofern Recht, dass es weniger Parkplatzsuchende gibt und das ist leider Gottes leicht erklärt. Die Passantenfrequenz in der Innenstadt ist von 2001 auf 2002 im Vergleich der selben Monate um über 10 % gesunken. Das ist Tatsache, das haben wir mit unseren Frequenzmessstellen selbst festgestellt. Das heißt, es ist klar, dass es daher auch weniger Parkplatzsuchende gibt. Ein weiteres Zuwarten bedeutet, dass wir nächstes Jahr wahrscheinlich um 15 % weniger haben und wenn wir noch lange überlegen, brauchen wir eine Parkgarage, wo geben wir sie hin, dann erübrigt sich bitte die Diskussion, ob wir wirklich eine Parkgarage benötigen oder nicht. Wenn ich jetzt diese sehr vage Formulierung höre, wir haben als Ziel die Errichtung einer Parkgarage, aber erst müssen wir schon noch intensiv diskutieren usw., wenn wir hören, dass wir jetzt diesen Ball von der Studie zurückgeschupft bekommen und es heißt, wir sollen zuerst einmal definieren, für wen wollen wir eine Garage, da würde ich ganz einfach sagen, für alle jene, die in der Innenstadt parken wollen und ich möchte nicht sagen, es dürfen hier nur Bewohner parken, oder hier dürfen nur Kunden parken oder sonst irgendjemand. Ein jeder, der als Ziel die Innenstadt hat, soll in so einer Garage parken können, aber da brauch ich nicht so ein Institut, um das zu wissen. Was wir wissen wollen, von diesem Institut oder auch von einem anderen, welcher der vorgeschlagenen 7 Standorte wäre der beste für eine Parkgarage und dann so schnell wie möglich eine Umsetzung. Wenn wir jetzt von der Finanzierung reden, dann möchte ich schon noch eines anmerken: Wir haben Parkeinnahmen von den Gebühren in beträchtlicher Höhe, aber wir sind schon etwas erstaunt, dass mittlerweile die Strafen für Parkvergehen schon höher sind als die Einnahmen aus den Parkgebühren. Das heißt, wir verdienen ganz gut damit, dass die Leute mit der Parkzeit nicht auskommen. Ich will jetzt nicht sagen, dass da eine Absicht dahinter ist, aber finanziell wirkt es sich sehr positiv für die Stadt aus - kurzfristig gedacht, aber mit Sicherheit nicht, wenn man ein bisschen weitsichtiger agiert, wir vertreiben nämlich unsere Kunden, von denen wir

auch leben. Das betrifft nicht nur die Kaufleute, das betrifft die ganzen Beschäftigten, die da in der Innenstadt sind, das betrifft im Endeffekt über die Steuerabgaben natürlich auch die öffentliche Hand. Ich finde es wirklich unvernünftig zu diskutieren, können wir uns jetzt eine leisten oder nicht, oder bei uns ist noch nie einer vor der Tür gestanden und hat gesagt, darf ich bitte eine Parkgarage machen. Das wäre aber schon unsere Aufgabe, wenn wir eine Parkgarage machen wollen, dass wir aktiv an professionelle Betreiber gehen. Nur einen zu fragen, der als Privathobby eine Garage gebaut hat, ob er nicht auch am Stadtplatz eine machen will und weil der nein sagt, dann zu sagen es gibt kein Interesse, das ist ein bisschen zu billig. Aber ganz offensichtlich, und dieser Eindruck verstärkt sich bei mir immer mehr, will man gar nicht, die Wertigkeit ist nicht gegeben, das Bekenntnis zur Innenstadt ist ein reines Lippenbekenntnis.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Die momentane Diskussion und die Art der Diskussion gefällt mir überhaupt nicht. Ich glaube, dass es kaum jemanden hier herinnen gibt, der jetzt aus Begeisterung aufschreit und sagt, super wie das alles läuft. Es ist ganz egal, wen und welche Seite ich frage, kein Mensch ist damit zufrieden. Ich bin nicht zufrieden mit der äußeren Form der Reaktionen unserer Stadtplatzgeschäftsleute; also ich habe mir jetzt 3 Sitzungen unter der Moderation des Herrn Dr. Kaiser vergönnt. Da kann ich nicht sagen, dass da hauptsächlich sachlich und nüchtern argumentiert worden ist. Ich denke mir, es ist eh durchaus legal, es geht schwer ins Emotionelle, wenn man das Gefühl hat, wenn man seine eigene Buchhaltung anschaut und man kommt dann darauf, na ja das Geschäft läuft doch nicht so gut, man hat sehr viel investiert, man hat sehr viele Hoffnungen hineingelegt und das Geschäft läuft nicht gut, dann ist es auch kein Wunder, dass man in so einer Sitzung sehr emotionell reagiert und seine Meinung hinaussagt. Nur eines darf man nicht vergessen, recht zielführend und fruchtbringend für die Diskussion ist das nicht, wenn man nur emotionell reagiert. Ich denke mir, gerade die Kaufleute sind beinharte Rechner, die sind sehr nüchtern, arbeiten sehr viel mit Zahlen. Es nutzt aber nichts, wenn man bei einer Sitzung hinausschreit, deppert, blöd - das bringt überhaupt nichts, was soll das alles. Ich will nicht alle verurteilen, das sind Einzelfälle, aber die Stimmung selber ist nicht besonders gut und zielführend. Die andere Seite, die sich genauso legitim bemüht Fakten auf den Tisch zu legen, wird unter dieser Art auch leiden, oder leidet mittlerweile schon. Was sich der Herr Dr. Kaiser so an Wortgeschwülsten über die Zeitungen alles nachsagen lassen muss, ist auch nicht gerade von Pappe. Tut mir Leid, das sind auch wiederum nur einzelne, aber sie geben irgendwie so ein Schlaglicht auf die momentane öffentliche Diskussion und sind auch nicht besonders förderlich. Jetzt geht man her und versucht internationale Fachleute heranzuziehen und die sagen aber nicht unbedingt das, was sich die Geschäftsleute am Stadtplatz erwarten. Ja mein Gott, so ist es halt international, aber in Steyr anscheinend nicht; oder das was international anscheinend funktioniert, funktioniert halt nicht so in Steyr. Aber es nützt nichts, das alles vom Tisch zu wischen. Es nützt nichts, die Studie über die Parkraumanalyse vom Tisch zu wischen und zu sagen das ist eine Momentaufnahme. Entweder einigen wir uns einmal auf einen Standpunkt, oder sagen wir alles ist falsch oder richtig. Ich weiß nicht, wie lange wir jetzt noch untersuchen sollen. Ich weiß nicht, wie lange wir jetzt noch Abendveranstaltungen zum Thema Stadtplatz machen sollen. Die zwei Fronten verhärten sich jetzt immer mehr und wir kommen überhaupt nicht zusammen. Aber wir wollen - und das wäre zumindest der kleinste gemeinsame Nenner - wir wollen mehr Qualität am Stadtplatz, wir wollen dass mehr Leute herkommen, wir wollen dass die Kaufleute hier leben wollen und wir wollen nicht nur dass sich die Kaufleute hier wohlfühlen, sondern wir wollen auch dass sich der Rest der 40.000 Einwohner von Steyr wohlfühlen. Wir reden immer nur von einem Punkt, von einem bestimmten Ort, aber in Wahrheit sollten wir die Politik nicht nur für diese machen, sondern für ganz Steyr. Dazu gehört auch, dass wir uns jetzt einmal einigen, was sollen jetzt die wichtigsten Meilensteine sein, dass wir uns einmal einigen, okay bei der Parkraumanalyse kommt das heraus. Es ist manchen von uns nicht angenehm, es ist nicht so in der Richtung was wir glauben, aber lasst uns doch konstruktiv weiterarbeiten. Es ist zwar durchaus legitim, aber lasst uns doch nicht gegenseitig Briefchen schreiben, was wir voneinander halten, du bringst nichts weiter und ich bin doch so dynamisch usw.

Das führt zu überhaupt nichts, das führt höchstens zu einer Vertiefung der Gräben. Ich glaube, dass wir als nächsten Schritt - vielleicht zum hunderttausendsten Mal, aber das schadet ja nicht - uns zusammensetzen sollten und uns auf drei Grundbegriffe einigen sollten, was wir machen sollen. Diese Veranstaltungen, die da laufen, sollen ja durchaus weiterlaufen, aber wir in der Politik sollten uns einmal einig werden, was wir haben wollen und das ist ja eh schon definiert worden und wäre eh schon am Tisch. Nur, wenn der eine glaubt, dass der andere ständig eine Analyse oder wissenschaftliche Studie machen lässt, damit er dem anderen eines auswischt, das führt auch zu nichts.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Dann wird es ein Wischiwaschi.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja genau, ein Wischiwaschi. Eines dürfen wir auch nicht vergessen, weil sich da die Kaufleute aufregen, beim letzten Stadtplanungsausschuss ist beschlossen worden, dass es wiederum einen Fachmann draußen gibt, weil er herinnen eh keinen Platz hat und diese ganzen Großkonzerne, die sich da draußen ansiedeln, auf die haben wir ja anscheinend gar keinen Einfluss. Also bitte, wer sich an der Diskussion beteiligen will - und da sind jetzt alle angesprochen - sind aufgefordert, das so weit wie möglich emotionslos zu machen, so weit wie möglich nüchtern zu bleiben, weil sonst käme irgendwann einmal der Punkt heraus, wem nicht zu raten ist, ist nicht zu helfen und dann ist es in Steyr aber zappenduster.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es ist zwar heute erst Donnerstag, aber wir haben soeben das gemeinderätliche Wort zum Sonntag vernommen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich möchte wieder ein bisschen auf die inhaltliche Ebene eingehen. Im Endeffekt glaube ich, ist die Sache relativ einfach. Es gibt drei Problemkreise, das eine ist, wir brauchen eine bessere Organisation der vorhandenen Parkmöglichkeiten. Die Lösung dazu ist ein dynamisches Parkleitsystem. Der zweite Punkt ist, wir brauchen mehr Parkmöglichkeiten für die Kurzzeitparker und auch für jene, die im Stadtbereich arbeiten, die hier ihre Kanzlei haben usw. Das geht in Richtung einer Garage; auch Magistratsbedienstete gehören zu den Mitarbeitern dieser Stadt. Als dritten und auch sehr wichtigen Punkt, brauchen wir eine bessere Anbindung des Verkehrs an die Innenstadt. Da haben wir ja leider in den letzten Jahren eher Tendenzen in die Gegenrichtung gemacht. Das sind im Prinzip drei Problemkreise, die es gilt zu lösen. Was mir persönlich weh tut ist, dass man es nicht geschafft hat, in sehr langer Zeit auch nur einen dieser Problemkreise zu lösen. Herr Kollege Bremm, von dem ist das glaube ich zuerst gekommen, es braucht halt alles irgendwie so seine Zeit. Ich frage mich, wie alt ich werden muss, um das überhaupt noch zu erleben, dass zumindest eines dieser Problemkreise in Steyr gelöst wird und das hat mit Emotionen gar nichts zu tun. Der zweite Punkt ist, ich möchte durchaus auch meinen Beitrag zu diesem Thema bringen, in konstruktiver Art, nämlich zwei Punkte. Es ist gestern in dieser Diskussion auch wieder um die Wirtschaftlichkeit einer Garage gegangen. Ich glaube, dass man einen Aspekt bisher nie, oder viel zu wenig bedacht hat, das ist der, der Umwegrentabilität. Es geht nicht nur um die Kaufleute, dass die für ihre Kunden eine Garage haben, dass das so ein Wunsch der Kaufmannschaft ist, sondern es geht um Umwegrentabilität. Weil nur wenn mehr Kunden in die Innenstadt kommen, hier mehr Zeit verbringen, konsumieren sie mehr. Wenn Bewohner Parkmöglichkeiten vorfinden, werden sie auch wieder verstärkt in der Innenstadt wohnen. Ich rede da überhaupt nicht aus persönlichem Interesse, weil ich bin hier in der Runde wahrscheinlich der Unverdächtigste, ich habe nicht einmal ein eigenes Auto. Aber trotzdem sehe ich, dass einfach die meisten Leute eines haben und möglichst bequem an

den Ort kommen möchten, wo sie hin wollen. Das heißt, es wäre wirklich einmal ein wesentlicher Punkt, eine solche Umwegrentabilität anzustellen, weil würde man das tun, dann käme man sehr rasch darauf, dass die Stadt Steyr sehr wohl ein massives Interesse daran haben muss, ihre vorhandenen Parkplätze besser zu organisieren, einen besseren öffentlichen Verkehr in die Innenstadt zu machen und auch diese Parkgarage bzw. zusätzliche Parkmöglichkeiten zu schaffen. Weil sonst wandern die Betriebe ab, nämlich nicht nur an den Stadtrand, sondern überhaupt von Steyr weg und das sind Kommunalsteuerabgaben, die uns dann fehlen, das sind Mitarbeiter, die nicht mehr beschäftigt werden können und sie haben dann das, was sie in allen Städten in Österreich und Europa finden, es gibt im Prinzip eine Tendenz zur Abwanderung aus den Städten. Die kann mir gefallen oder auch nicht, wenn sie mir nicht gefällt, dann muss ich dagegen etwas tun und da kann ich nicht sagen, ja irgendwann einmal wird es eh passieren. Wie gesagt, diese Umwegrentabilitätsberechnung würde ich einmal für sehr sinnvoll halten und das wäre auch ein Appell an den Herrn Bürgermeister. Das zweite, zur Finanzierung, weil das heute gefallen ist; wenn ich mir anschaue, dass es ungefähr 1 Mio. Euro im Jahr gibt, die wir an Parkgebühren und Strafen einnehmen, dann könnte man ja durchaus diese Parkgebühren, die in Zukunft ja noch mehr werden - weil wir in den letzten Jahren ja die Tendenz gehabt haben, dass wir verstärkt Kurzparkzonen, die bewirtschaftet werden, bilden - dass man damit auch zweckgebunden diese Tiefgarage mitfinanziert.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Nein, nix, nur öffentlicher Verkehr!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Auch einen Teil für den öffentlichen Verkehr, Herr Eichhübl. Ist mir alles recht, wenn sie es schaffen, einen dieser Problemkreise damit zu lösen, dann ist mir alles recht, dann geht es von mir aus zweckgebunden in den öffentlichen Verkehr, dann haben wir zumindest einen Problemkreis gelöst. Aber sie könnten einen Teil der Parkraumeinnahmen zweckgebunden widmen. Ich bin mir sicher, dass es im Innerstadtbereich genug Kanzleien, genug Ärzte, genug größere Unternehmen gibt, die auch bereit sind, als Dauermieter von solchen Parkräumlichkeiten aufzutreten bzw. auch Stellplätze zu kaufen. Der dritte Punkt ist - und da wird sich die Stadt nicht aus der Verantwortung wegstehlen können - dass eben auch die Stadt Steyr ihren Beitrag leistet, das ist eine Infrastruktur. Diese Aussage, die da gestern ein bisschen gefallen ist, na ja die Kaufleute sollen sich da irgendwie selber ihre Parkgarage finanzieren, damit löse ich das Problem sicherlich nicht. Wie gesagt, Umwegrentabilität und sich auch Finanzierungsmöglichkeiten für die Garage zu überlegen. Noch ein Punkt, auf den ich kurz kommen möchte, ist das gestrige Bürgergespräch. Es wundert mich eigentlich nicht, dass es zur Lösung dieser drei Problemkreise bis dato nicht gekommen ist, weil wenn ich mir das gestrige Bürgergespräch kurz betrachte, wo es keine Moderation gibt und nicht einmal mitgeschrieben wird, was die Bürger sagen und sei es schnell auf irgendein Flipchart, wo es kein Protokoll gibt - zumindest habe ich nicht gesehen, dass irgendwer mitgeschrieben hätte -

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Schon? Ich bin es einfach gewohnt, dass man es etwas professioneller macht. Vor allem habe ich gestern eines gelernt, es gibt Bürger zweier Klassen. Gestern wurde zu einem Bürgergespräch eingeladen - zumindest auf meiner Einladung ist gestanden: Einladung zum Bürgergespräch 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr - Parkleitsystem.
Erstens glaube ich, dass die meisten Leute berufstätig sind und zwischen 16.00 Uhr und 18.00 Uhr verhindert sind, ein besserer Termin wäre sicherlich ein Abendtermin. Aber gut, wenn ich diesen Termin schon nehme, dann wäre ich davon ausgegangen, dass alle Bürger zu diesem Gespräch eingeladen wurden. Nachdem wir uns gewundert haben, warum eigentlich relativ wenig Leute kommen und wir schon den Schluss ziehen wollten, interessiert halt doch nicht so viele, kamen wir darauf - nachdem wir den Herrn Bürgermeister gefragt haben, wer wurde eingeladen - ja die, die reklamiert haben. Jetzt weiß ich eines, bin ich ein Bürger der reklamiert, dann werde ich eingeladen. Bin ich ein Bürger der nicht reklamiert, dann werde ich auch nicht eingeladen. Ich habe gestern viel gelernt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Vielleicht kann ich dazu gleich etwas sagen. Das Bürgergespräch hat deswegen stattgefunden, weil es aufgrund der letzten Planungsausschusssitzung Reaktionen in der Zeitung gegeben hat, die mir gezeigt haben, dass es ein großes Defizit an Wissen über dieses Thema gegeben hat und ich habe bewusst diese Leute eingeladen, die mich persönlich angeschrieben haben und die mir geschrieben haben, warum sie mit dieser Vorgangsweise, oder diesen Lösungen nicht zufrieden waren. Ich habe aber nicht nur diese Leute eingeladen, die bei mir persönlich reklamiert haben, sondern auch den Planungsausschuss, die entsprechenden Fachleute und Stadtsenatsmitglieder. Das war für mich das Netzwerk Innenstadt. Ich habe die bewusst so eingeladen und das war der Kreis, der sich auch artikuliert hat.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte lassen sie mich ausreden. Ich glaube auch, dass das eine sinnvolle Vorgangsweise ist, ich hätte sonst jedem einzelnen zurückschreiben müssen. Ich habe gesagt, okay holen wir die Leute her und diskutieren wir mit diesen Leuten diese Themen aus. Es ist auch ganz klar auf den Tisch gelegt worden wie das funktioniert. Jetzt sage ich noch einmal etwas zur Vorgangsweise. Ich habe mich wirklich sehr bemüht, dass ich im heurigen Jahr zu Lösungen komme. Leider Gottes, das muss ich auch dazusagen, ist mir auch eine Krankheit dazwischen gekommen und es ist das Hochwasser dazwischen gekommen. Das sind zwei Bereiche, die jeweils mindestens zwei Monate gebunden haben, das ist nicht so wenig. In der übrigen Zeit ist sehr gezielt und sehr konzentriert an dem Thema gearbeitet worden. Ich danke auch dem Herrn Dr. Pfeil für die Darstellung, die er heute gebracht hat, wo er ganz klar gesagt hat, was mit dem Herrn Dr. Stickler ausgemacht war. Ausgemacht war ein Termin für die Präsentation eines neuen Standortes für eine mögliche Parkgarage. Also, wir sind genau in die Richtung gegangen, wo wir hin wollen und ich will auch für solche Entscheidungen möglichst unabhängige, möglichst nicht parteipolitisch eingefärbte Leute beschäftigen und das haben wir auch getan. Wir haben in der Vergangenheit nicht nur diese Veranstaltung gemacht, wir haben eine Zukunftskonferenz gemacht, wir haben aber auch drei Veranstaltungen „Steyr im Aufbruch“ hinter uns, wo bewusst zuerst einmal der theoretische Hintergrund beleuchtet wird und aufgrund dieser Grundfesten, die wir uns hier schaffen, aufgrund dieses Basiswissens - ein möglichst breit gestreutes Wissen - haben wir dann die nächsten Schritte zu gehen. Ich glaube, dass wir in die richtige Richtung gehen. Was ich allerdings gestern auch wieder gesehen habe und was ich bei den letzten Veranstaltungen sehr stark geortet habe und das ist für mich eigentlich eine Gefahr für die Zukunft, ist das Thema, dass es in Steyr offensichtlich doch einige gibt - und wahrscheinlich nicht zuwenig - die immer wieder negative Darstellungen machen, die immer negative Präsentationen machen, die eine Missstimmung hineinbringen und jeder der das hört und in der Zeitung liest glaubt, was ist denn in Steyr los, da gibt es keine Parkplätze, es ist alles kaputt und schlecht. Wenn wir diese Stimmung weiter verbreiten, dann geht es uns wirklich so. Wir müssen eine positive Stimmung zu den Leuten bringen, wir müssen das einmal so weiter betreiben und das kann an uns nur die Anforderung für die Zukunft sein. Ich glaube, wenn wir da an einem Strick ziehen, dann funktioniert das auch. Das wollte ich noch einmal gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich mache es nicht gerne, aber ich muss einen Punkt korrigieren. Es waren nicht alle Fachleute eingeladen, weil in der Arbeitsgruppe für das Parkleitsystem ist die Bezirksverwaltung ganz entscheidend, der Herr Ferrari und er hatte von dieser Sitzung keine Kenntnis.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich rede jetzt nicht über Details.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist aber ein wichtiges Detail.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mir ist es um eine rechtliche und technische Darstellung gegangen. Zu dem habe ich eingeladen und wen ich einlade, da muss ich dann selber die Verantwortung tragen. Wenn sie der Ansicht sind, dass das nicht gestimmt hat, dann muss ich das so zur Kenntnis nehmen. Herr Dr. Pfeil, wir können aber für die Zukunft gemeinsam eine Lösung finden und ich glaube, dass es dafür auch Wege gäbe.

Aktuelle Stunde - 2. Teil. Gibt es von der ÖVP einen Beitrag? Nein.
Grüne? Nein.
LIF?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Aufgrund dessen, dass es um 17.00 Uhr diese Übergabe geben wird, werde ich mich sehr kurz halten, aber es ist mir ein Anliegen, dieses Thema hier herinnen zu behandeln, weil es mich sehr betroffen gemacht hat.
Sie kennen vielleicht aus er Jugendpsychologie den Ausdruck „Lückekinder“. Wir haben uns, glaube ich, auch im Gemeinderat schon einmal über dieses Thema unterhalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Lückekinder?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das sind solche Kinder, die für den Spielplatz zu alt und für das Jugendzentrum zu jung sind und die zum Teil dann ein Problem bereiten, weil man nicht weiß, wie man sie gescheit beschäftigen soll. Wie gesagt, dieser Ausdruck stammt nicht von mir. Mir ist aber aufgrund eines Gespräches klar geworden, es gibt nicht nur Lückekinder, sondern es gibt auch Lückesenioren. Und zwar Senioren, die für das Pflegeheim noch zu fit sind, sprich für das APT, die aber nicht mehr fit genug sind zuhause zu bleiben. Die fallen irgendwo durch, die auch keine eigene Wohnung mehr haben können. Ich möchte nicht auf einen konkreten Fall eingehen, das mache ich bewusst nicht, so wie es schon einmal passiert ist, ich will ihnen nur eine Geschichte erzählen. Geschichten fangen meistens mit es war einmal an, in diesem Fall leider mit es ist so. Sie haben jemanden, der aus dem Krankenhaus entlassen wird, nach einer Reihe von Operationen, der schon 80 oder 85 Jahre alt ist und suchen für ihn jetzt einen Heimplatz im APT beispielsweise. Dann müssen sie feststellen, dass es a) keine Platzmöglichkeiten gibt und b) vor allem diese Person noch kein Pflegegeld bekommt. Wenn man kein Pflegegeld bekommt, dann wird man aber auch im APT nicht aufgenommen. Man nimmt im Regelfall erst ab Stufe 3 auf, manchmal als Ausnahme auch mit Stufe 2. Und zwar deshalb, weil wir seit 1997 eigentlich kein Alten- und Pflegeheim mehr haben, sondern ein Pflegeheim, mit der Betonung auf Pflege. Ich möchte jetzt ganz richtig klarstellen, dass das nicht das Verschulden des Heimleiters ist, sondern der hat eben seine Vorgaben. Da richtet sich überhaupt kein Vorwurf gegen bestimmte Personen, sondern Faktum ist, es fallen Leute durch. So, jetzt bekommt diese Person kein Pflegegeld, keinen Platz. Was soll sie als Steyrer tun? Vielleicht ein Altenheim im Bezirk, das einen Platz frei hat. Das geht wiederum nicht, weil die Stadt Steyr - so wurde mir berichtet - hier nicht mitzahlt. Jetzt könnte man sagen, na gut, die Angehörigen sollen sich kümmern. Nur was mache ich, wenn die Angehörigen auch schon in einem relativ hohen Alter sind und das auch nicht mehr schaffen? Was tue ich jetzt? Vielleicht finde ich eine private Einrichtung, die die Person betreut, das kostet allerdings sehr viel, das können 2.000,-- oder 3.000,-- Euro sein. Sie hängen in der Schwebe. Das muss ich ihnen sagen, das möchte ich in einem Land, wo immer mit sozialer Wärme argumentiert wird, nicht erleben. Es geht nicht darum, ob da irgendjemand Schuld hat usw., aber ich bin darauf gekommen, es gibt ein paar Fälle, wo eben das Pflegegeld noch nicht vorhanden ist, oder wo es aufgrund irgendwelcher Diskrepanzen momentan kein Pflegegeld gibt und wo es auch relativ lange dauert, bis das Pflegegeld bewilligt wird. Faktum ist, was mache ich mit diesen Personen? Ich glaube, wir sollten uns rechtzeitig über diesen Personenkreis Gedanken machen, nämlich jene, die noch nicht so starke körperliche und geistige Gebrechen für das Pflegeheim haben, die aber nicht mehr zuhause bleiben können. Ich glaube, die Zahl dieser Personen wird in Zukunft sicherlich auch steigen, wenn sie sich die Alterspyramide anschauen. Auch wenn es hier um einen konkreten Fall geht, den ich mit ihnen, Frau Vizebürgermeister, unter vier Augen bereden möchte, geht es mir um

eine Lösung des Problems allgemein, weil es kommt öfters vor. Auch wenn ich es verstehe, wenn man jemanden erst ab einer bestimmten Pflegestufe nimmt, so glaube ich doch, dass es Härtefälle gibt und man sich das im Detail immer anschauen muss. Ich möchte jedenfalls nicht die Situation, dass jemand im Alter plötzlich mehr oder weniger zwischen allen Toren steht und sich nicht darauf verlassen kann, dass er versorgt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Dazu eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Ich muss eines sagen, wir haben ja eine Umfrage gestartet und wir können stolz sein, dass wir in Steyr so ein dichtes Sozialnetz haben. Der konkrete Fall, der ist mir auch bekannt. Nur, es gibt schon vorübergehend Möglichkeiten mit mobilen Diensten. Wenn man darauf hinweist, wir haben einen Fachbeirat von den mobilen Diensten eingeführt, da ist das Krankenhaus vertreten, da ist die Sozialarbeiterin des Krankenhauses vertreten. Wir haben nicht nur über den konkreten Fall gesprochen, wir haben ja auch über verschiedene Fälle gesprochen. Das Krankenhaus ist der Meinung, dass sie sich dazu bekennen müssen, was der Arzt in diesem einen Fall raufgeschrieben hat. Er kann sich selber fortbewegen, er kann sich selber pflegen und er ist gehfähig. Der Punkt ist der, dass vom Landesgesetz her erst ab Pflegestufe 3 ein Alten- und Pflegeheim in Anspruch genommen werden kann und man soll es bis Pflegestufe 3 von den mobilen Diensten betätigen lassen. Nur, wenn das Krankenhaus so einen Bescheid gibt - wir haben uns ja auch mit der Frau Fink unterhalten und es hat jedes Mal geklappt wenn ein Schlaganfall war, oder sei es Herzinfarkt, oder dass er sofort eine Betreuung braucht, hat selbstverständlich das Alten- und Pflegeheim jeden - sobald ein Platz frei wird - aufgenommen, mit Absprache des Krankenhauses, dass man gesagt hat, bitte behaltet euch den noch, wir haben momentan keinen Platz frei. Das ist aber nicht nur mit dem Landeskrankenhaus Steyr so, das ist genauso in Linz mit den Krankenhäusern, wir haben da laufend Verbindungen. Man kann da nicht einen Fall, wo der Arzt das dezidiert raufgeschrieben hat, da in den Raum stellen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Genau das wollte ich nicht, Frau Vizebürgermeister. Es gibt einige Fälle.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir haben das Tagespflegezentrum, das Plätze anbietet, wo man am Abend die Betreuung zusätzlich durch mobile Dienste nehmen kann. Wir haben überall einen Pflegeschlüssel, das heißt einen Tarifschlüssel. Also es richtet sich jeweils nach dem Einkommen. Man kann nicht sagen, dass wir als Stadt nicht sehr sozial sind, weil wenn er kein Pflegegeld hat, dann richtet sich der Stundentarif nur nach der Pension. Es ist ja ein Gesetz, dass wir nicht mehr verlangen können, als wie ein Mensch hat, er muss ja auch leben können. Genauso haben wir jetzt dieses Angebot, wir haben die mobilen Dienste erweitert. Wen er vom Arzt die Bestätigung bekommt, dann müssen wir uns ja auch an die Richtlinien des Arztes halten. Da geht es nicht darum, dass wir noch nie jemanden ohne Pflegegeld genommen haben. Einen Schlaganfallpatienten muss ich nehmen, der kann sich nicht selber fortbewegen und nicht anziehen usw., aber es geht darum, dass das der Arzt in diesem Fall dezidiert raufgeschrieben hat. Ich weiß, ich habe selber mit dem Heimleiter gesprochen und er hat gesagt, schauen sie, wenn ich das so bekomme, was soll ich dann machen. Da steht, er kann sich selber fortbewegen, er kann selber gehen, er kann sich selber anziehen, wenn diese Punkte alle oben stehen, dann kann man ihn momentan noch nicht nehmen, weil wir sehr dringende Fälle haben, die wirklich einen Heimaufenthalt brauchen. Wir bemühen uns auch, dass wir in anderen Heimen jemanden unterbringen, wenn wir dringend jemanden brauchen. Also es ist nicht so, dass Steyr da ein Loch drinnen hat. Wir haben Gott sei Dank die mobilen Dienste, wir haben die Fachbeiratsitzung, wo diese Punkte alle durchgenommen werden und wo Leute vom Roten Kreuz sind, vom Krankenhaus, Sozialarbeiter sind dabei, also man schaut wirklich, dass man jeden älteren, gebrechlichen Menschen in unserer Stadt helfen kann. Es ist halt gerade von ihnen der eine Fall und leider Gottes steht da vom Arzt der Befund oben. Es gibt nicht mehrere, wir bemühen uns überall, dass wir den Menschen, die

an uns herantreten, helfen können. Ich würde schon ersuchen, dass man nicht das System, das wir hier aufgebaut haben, negativ macht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es gibt mehrere Fälle! Es geht um eine Erweiterung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir können keine Erweiterung in dem Sinne vornehmen, wir haben Tagespflege, wir haben mobile Dienste, wir haben Alten- und Pflegeheime. Das andere ist Absprache mit dem Arzt und ich ersuche wirklich, das nicht negativ hinzustellen, weil gerade in diesem Bereich - das ist uns auch bestätigt worden - liegen wir sehr gut.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
FPÖ zu diesem Thema, gibt es eine Wortmeldung? Keine.
ÖVP? Herr Lengauer, ich bitte um ihre Ausführung, kurz und prägnant. Wir haben noch 10 Minuten Zeit.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich denke, dass es sehr wichtig war, dass die Frau Kollegin Frech diese Problematik aufgeworfen hat, denn ich denke, auch ein Fall ist einfach zuviel. Aber wir müssen dazu sagen, dass man gerade im Alten- und Pflegeheim Tabor sehr großzügig ist und dass dort wirklich nicht die Einstufung des Pflegegeldes die Bedingung der Aufnahme ist. Ich kämpfe zurzeit selber seit 2 Jahren für eine alte Frau, dass sie Pflegestufe 3 bekommt, die ist aber schon 3 Jahre im Altenheim, also das ist sicherlich nicht der Fall. Die Problematik ist aber groß, wir haben gestern mit der Frau Präsidentin Ortner Vita-Mobile besucht und haben dort auch diese Problematik besprochen, weil einfach immer wieder für Einzelfälle Probleme entstehen. Da muss man aber sagen, das Altenheim Tabor ist da wirklich großzügig und bemüht sich immer und immer wieder. Eine zweite Sache möchte ich auch noch dazu sagen. Auch das Landespflegeheim Christkindl bietet Kurzzeitbetten und Kurzzeitpflege an, war z. B. im Vorjahr nicht ausgelastet, da muss man einfach auch die Leute darauf hinweisen. Drittens, denke ich, war gerade auch die Einrichtung des Hilfswerkes, wo wir heute die Subvention beschlossen haben, auch eine Hilfe, dass wir dort etwas helfen können. Ich glaube, es ist auch auf das betreubare Wohnen hinzuweisen, das wir auch jetzt wieder beim Bau Münichholz forcieren und mit einrichten. Also, ich denke, wir tun unser Bestes, aber wir dürfen gerade auch diese Einzelfälle nicht übersehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön, Herr Lengauer, das war kurz und prägnant in gewohnter Form.
Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Kurz und prägnant.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Das wäre das erste Mal.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Je mehr du hereinquatscht, desto länger rede ich Stefan.
Gar kein Zweifel, solche Fälle gibt es, das wegzuwischen, wäre ein grober Fehler, aber so etwas gibt es natürlich. Wir wissen auch von der Problematik, dass es dieses Pingpong-Spiel auch gibt, zwischen Wohnung und Krankenhaus, es ist keiner da, der sich darum kümmert usw., dann schickt man sie wieder ins Krankenhaus, dort werden sie dann wieder entlassen. Dann sind sie daheim und stehen sozusagen wieder ohne Betreuung da und was machen wir, wir schicken sie wieder ins Krankenhaus. Wenn es sich wirklich um einen konkreten Fall handelt, liebe Michaela, dann sollte man das nicht im Gemeinderat besprechen, sondern dann sollte man das im richtigen Gremium besprechen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wollt ihr das nicht verstehen? Es gibt mehrere Fälle.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, aber du stellst dich hier heraus und hast das angesprochen und wie sollen wir dann anders darauf reagieren?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte keine Zwiegespräche.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich glaube, dass es keinen hier herinnen gibt, der sich dem verschließt und sagt, geht mich nichts an oder gibt es nicht usw., aber es gehört dort hin, wo es hingehört und nicht daher. Dass es die Problematik gibt, das wissen wir eigentlich alle hier herinnen und wenn es eine ganz spezielle Problematik gibt, dann wird sie auch gelöst. Es ist eh schon öfters erwähnt worden, sollte jemand dazwischen stehen, sollten diese Dienste nicht ausreichend vorhanden sein, z. B. das Tagespflegezentrum etc., ich glaube auch gar nicht, dass unser APT erst ab Pflegestufe 3 aufnimmt, das ist ja auch eine Geschichte, die von weit hergeholt wird, also da bleibt soviel im Raum stehen, dass ich lieber sage, reden wir uns das im richtigen Gremium aus. Aber es gibt keinen hier herinnen, der sagt, das gibt es nicht und da tun wir nichts.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Damit sind wir am Ende unserer Fragestunde. Bei der heutigen Beschlussfassung ging es um eine Summe von 714.920,-- EURO.

Vielleicht noch eine ganz kurze Aussage zum Thema, wie es jetzt weiter geht. Um 17.00 Uhr habe ich gesagt, treffen wir uns drüben. Ich habe allerdings gedacht, dass es eine Sitzungspause wäre und habe dadurch nicht vorgesehen, dass für alle Brötchen da sind. Ich hoffe, ihr habt dafür Verständnis, dass für die Gäste Brötchen da sind, Getränke haben wir genug.

ENDE DER SITZUNG: 16.55 UHR

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Roswitha Großalber, GR Andreas Kupfer